

GVV und SPÖ-Niederösterreich fordern **Wahlrechtsreform jetzt!**

Seite 7

Die Kommunale Information ist eine Zeitschrift des Verbandes sozialdemokratischer
GemeindevertreterInnen in Niederösterreich

Ausgabe 5/2016



IM KI-INTERVIEW spricht die profil-Journalistin und Medienexpertin Ingrid Brodnig über das Thema ihres neuen Buches „Hass im Netz - was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können“. Foto: www.fotoplutsch.at

Neo-BürgermeisterInnen

In Leiben (ME) wurde Gerlinde Schwarz zur neuen Orts-Chefin gewählt, in Grünbach (NK) folgte Peter Steinwender auf Franz Holzgethan - Seiten 4 und 5.

Starke Minderheit

Im tiefschwarzen Scheibbs haben es die Roten auch ohne Koalitionsabkommen geschafft, gut in die Arbeit einbezogen zu werden - ab Seite 26.

Im Focus: Lichtenwörth

Die Orts-Reportage widmet sich der kleinen Marktgemeinde Lichtenwörth (WB). Eine ehemalige Arbeiterhochburg im Wandel der Zeit - ab Seite 12.

LEHRE IN NÖ: G'lernt is' g'lernt!

ARBEIT ist unser Thema



www.no.e.spoe.at

- 4 **GRW Ramsau: SPÖ „verdoppelt“ sich**
Wenn sich zwei streiten, wie hier die ÖVP und die Bürgerliste, dann freut sich der Dritte, die SPÖ.
- 5 **Grünbach: ÖVP bricht Neuwahl vom Zaun**
Nach dem BGM- und Generations-Wechsel bei der SPÖ sucht die ÖVP provokant ihr Heil in einer Neuwahl.
- 6 **Für die SPNÖ hat die Lehre große Zukunft**
Im Rahmen ihres heurigen Schwerpunkts „Arbeit“ setzt die SPNÖ nun voll auf Facharbeiterausbildung.
- 7 **„Wahlrecht muss dringend reformiert werden!“**
GVV-Präsident Rupert Dworak gab bei der SPNÖ-Klubklausur eines der beiden Hauptthemen vor.
- 8 **Starke Frau: Astrid Reiser**
Eine „Zuag'raste“ wurde Bürgermeisterin - und das mit der nicht einmal stimmenstärksten Fraktion!
- 12 **Orts-Reportage Lichtenwörth**
Die Arbeiterscharen sind dahin, aber die Sozialdemokratie in der Wiege der öster. Industrialisierung lebt.
- 18 **Ingrid Brodnig im großen Interview**
Die profil-Journalistin und Autorin spricht über ihr viel beachtetes neues Buch „Hass im Netz“.
- 26 **Starke Minderheit: Scheibbs**
„Der Bürgerkontakt ist unsere größte Stärke“, ist Fraktions-Chef StR Johann Huber überzeugt.
- 30 **Der Gemeinde-Rat**
GVV-Juristin Mag.^a Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bgm. LAbg.
Rupert Dworak,
Präsident des GVV

Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

Die Ziele, die sich die Gemeinden und der Finanzminister für den neue FAG gesteckt haben, waren sehr hoch: die Entflechtung und Reform der unzähligen Transferzahlungen, die Aufgabenorientierung und die Reparatur der Grundsteuer standen da ganz oben auf der Liste. Genauso wie die gerechte Verteilung der Finanzmittel innerhalb der Gemeinden.

Doch leider mussten wir erfahren, dass diese oft bekundete Reformbereitschaft an ihre Grenzen stößt, sobald es ins Detail geht. Wir haben klar definiert, dass jeder Bürger gleich viel wert sein muss. Es kann nicht sein, dass bei den Ertragsanteilen ein Burgenländer 600 Euro wert ist und ein Bürger in Vorarlberg 1.100 Euro. Deshalb haben sich die GemeindevertreterInnen von Kärnten, der Steiermark, von Niederösterreich und dem Burgenland nun am Gemeindetag in Klagenfurt klar dafür ausgesprochen, dass die Schere bei den Gemeindeertragsanteilen unbedingt verringert bzw. geschlossen werden muss. Ein entsprechendes gemeinsames Schreiben an den Finanzminister hat dort sehr viel Staub aufgewirbelt, weil wir ganz klar festgehalten haben, dass wir keinem neuen FAG-Paket zustimmen werden, das nicht für die derzeit benachteiligten Gemeinden im Osten spürbare Verbesserungen bringt. Und wir auch deutlich machten, anderenfalls den Gang zum Verfassungsgerichtshof nicht zu scheuen. Zum Redaktionsschluss dieser KI-Ausgabe waren die FAG-Verhandlungen noch immer nicht in einem abschlussfähigen Stadium, deshalb kann ich hier noch kein Ergebnis vermelden. Aber wir Niederösterreicher, die Burgenländer, Steirer und Kärntner sind schon sehr ungeduldig – wie wollen endlich mehr Gerechtigkeit in den FAG bringen.

In dieser KI beschäftigen wir uns auch mit einer anderen Herzensforderung vieler unserer MandatarInnen – nämlich mit der Änderung des nÖ. Gemeindewahlrechts. Hier fordern wir nicht nur mehr Transparenz und Offenheit, sondern vor allem, im Interesse unserer BürgerInnen, dass ein Wahlrecht nicht den Eindruck erwecken darf, dass man sich die Mehrheiten quasi durch die Hintertür richten kann.

Herzlichst

Rupert Dworak
Rupert Dworak

Leiben: neue Bürgermeisterin

Geordneter Wechsel an der Gemeindespitze von Leiben (ME). Gerlinde Schwarz (46) folgt Franz Raidl (50) im Bürgermeisteramt nach.

Franz Raidl saß zwar schon mehr als 20 Jahre im Gemeinderat, war aber erst seit Februar 2013 Bürgermeister in Leiben. Am 25. August 2016 hat er das Amt zurückgelegt. Grund: berufliche Veränderungen - Raidl avancierte zum Vorsitzenden des ÖBB Zentralbetriebsrates.

Zu seiner Nachfolgerin wurde am 9. September die bisherige Vizebürgermeisterin Gerlinde Schwarz gewählt. Sie ist schon seit 21 Jahren im Gemeinderat tätig, von 1995 bis 2000 als Gemeinderätin, von 2000 bis 2013 als geschäftsführende Gemeinderätin und ab 2013 als Vizebürgermeisterin.

Gerlinde Schwarz ist verheiratet, hat zwei Söhne im Alter von 15 und



Führungswechsel: Franz Raidl übergibt an Gerlinde Schwarz.

17 Jahren und ist mit 25 Wochenstunden als Büroangestellte beschäftigt.

Ihre Wahl zur neuen Bürgermeisterin erfolgte einstimmig. Schwarz: „Ich freue mich über das große Vertrauen, welches mir vom Gemeinderat entgegengebracht wurde und hoffe, dass auch unsere Gemeindeglieder reif für eine weibliche Führungsperson sind und mir das nötige Vertrauen entgegenbringen werden.“

Ich weiß auch, wie schwierig bzw. beinahe unmöglich es ist, allen gerecht zu werden. Ich will in der mir anvertrauten Position alles tun, um mit Respekt, Führung und positiver Haltung Optimismus zu fördern und eine ehrliche Ansprechpartnerin für alle sein.“

Und was hat die neue Orts-Chefin auf ihrer Agenda? Schwarz: „Neben den bereits im Endstadium befindlichen Projekten wie z.B. dem Kanalbau oder dem Umbau eines unserer Feuerwehrhäuser, wird unsere nächste große Aufgabe der Um- Zu- oder Neubau des Kindergartens sein. Wir haben auf Grund der erfreulichen Tatsache, dass sich viele Jungfamilien in unserer Gemeinde angesiedelt haben, und somit auch die Anzahl der Kinder immer etwas steigt, vom Land NÖ nun fix eine dritte Kindergartengruppe bewilligt bekommen. Da das Gebäude leider nicht mehr den Anforderungen entspricht, ist es notwendig, dieses entsprechend zu adaptieren bzw. neu zu errichten.“

Ramsau: SPÖ legt ein Mandat zu



SPÖ-Spitzenkandidat Erich Prischl (l.) stößt auf seinen Wahlerfolg an.

Wenn sich zwei streiten (ÖVP und Bürgerliste), dann freuen sich der Dritte (SPÖ) und der Vierte (FPÖ) – so lief es zumindest bei am 11. September der mutwillig herbei geführten GRW im kleinen Ramsau (LF). Die BürgerInnen haben die wilden Streitereien zwischen der mit knapper absoluter Mehrheit regierenden ÖVP und der eigentlich ÖVP-nahen Bürgerliste Stefan, die nach der GRW 2015 mit sechs Sitzen im Gemeinderat saß, abgestraft. Die ÖVP verlor die Absolute und ein Mandat, die BL

auch ein Mandat. ÖVP: 7 (-1); BL-Stefan: 5 (-1); SPÖ: 2 (+1); FPÖ (neu): 1 (+1).

SPÖ-Spitzenkandidat Erich Prischl über den Zugewinn: „Ich freue mich natürlich sehr, und auch darüber, dass die zwei Streikparteien Mandate verloren haben. Jetzt wird eine Koalition die Gemeinde regieren, wofür wir unsere Mitarbeit anbieten. Ich kann aber für uns eine Zusammenarbeit mit der Bürgerliste ausschließen. Diese Leute haben das Ansehen der Gemeinde geschädigt.“

Fotos: SPÖ-Leiben, privat

VP provoziert Neuwahl

Bürgermeister-Legende Franz Holzgethan aus Grünbach (NK) geht in den verdienten Ruhestand.

Nach fast 25 Jahren übergab Franz Holzgethan im September sein Bürgermeisteramt an Mag. Peter Steinwender (49). Der Lehrer ist erst seit dem Frühjahr 2015 im Gemeinderat tätig, kann aber bereits eine beeindruckende Lei-

stungsbilanz vorweisen.

Der Grünbacher ÖVP dürfte der Generationswechsel an der Gemeindespitze aber gar nicht schmecken, sie suchte ihr Heil in einer demokratiepolitisch überaus fragwürdigen Aktion: Unter fadenscheinigen Gründen legten alle schwarzen Gemeinderäte ihr Mandat zurück und provozierten somit eine Neuwahl. Da das Kräfteverhältnis im Gemeinderat bei zehn SPÖ Mandaten und neun ÖVP-Mandaten lag, kann mit einem spannenden Urnengang gerechnet werden. Inzwischen steht fest, dass der am 29. Jänner 2017 sein wird.

Übrigens: An diesem Tag wird auch in der Statutarstadt Waidhofen an der Ybbs ein neuer Gemeinderat gewählt werden.



Der alte und der neue Bürgermeister: Holzgethan (l.) und Steinwender.

MERKUR
TREUHAND

Merkur Treuhand
Steuerberatung GmbH
Partner in allen Steuerfragen
Kommunal- und Immobilienexperte

St. Veit-Gasse 50
1130 Wien
Telefon +43 1 878 48 0
E-Mail office@merkur-treuhand.at
www.merkurtreuhand.at

MERKUR
CONTROL

Merkur Control
Wirtschaftsprüfungsges.m.b.H.
Abschlussprüfung und
prüfungsnahe Beratung

St. Veit-Gasse 50
1130 Wien
Telefon +43 1 878 48 0
E-Mail office@merkurcontrol.at
www.merkurcontrol.at



StR Mag.
Ewald Buschenreiter,
Direktor des GV

Werte Gemeindevertreterin!
Werter Gemeindevertreter!

Eine neue Ära in der Geschichte unseres Verbandes hat nunmehr begonnen. Seit der Gründung in Wien in der Habsburgergasse ansässig, 1998 übersiedelt auf den Bahnhofplatz nach St. Pölten, haben wir kürzlich unser neues Domizil am Europaplatz 5 in Sankt Pölten bezogen. Damit ist es uns gelungen, nachhaltig für den Verband Eigentum zu erwerben.

Seit dem Kauf und dem Beginn der Planung sind mittlerweile sechs Monate vergangen. In dieser kürzest möglichen Zeit konnten die Umbau- und Adaptierungsarbeiten im neuen Büro über den Sommer hin termingerecht fertig gestellt werden. Wir sind nunmehr seit Ende September in unser neues Büro im ersten Stock am Europaplatz 5 übersiedelt und haben den Betrieb dort voll aufgenommen. Trotz der Umbauphase konnten wir unser Serviceangebot im vollen Umfang aufrechterhalten. Aber wie bei jedem Neu- oder Umbau gibt es noch einige Kleinigkeiten, die zu beheben sind und so haben wir uns auch dazu entschieden, die geplante Eröffnungsfeier vom 11. November 2016 auf das Frühjahr nächsten Jahres zu verlegen. Es ist uns gelungen, ein modernes Büro für unsere Mitarbeiter zu errichten und gleichzeitig für unsere KOPAK wieder entsprechende Seminarräume zu schaffen. Ich freue mich schon auf unsere Eröffnungsfeier im Frühjahr 2017, wo Ihr Euch selbst davon überzeugen könnt!

Herzlichst

Ewald Buschenreiter

Foto: SPÖ-Grünbach



Landespartei-
chef Bgm. Matthias
Stadler (r.) sieht im
Lehrberuf große
Zukunft. Er will
auch das duale
Ausbildungssystem
durch ein triales
noch weiter ver-
bessern.

G'lernt is' g'lernt – Lehre hat Zukunft

Die Prognosen für die nächsten Jahre sagen einen Mangel an Facharbeitern voraus. Die SPÖ Niederösterreich präsentiert Pläne und Forderungen, um die Lehre für Unternehmen und junge Menschen zu attraktivieren. Wobei es das wichtigste Ziel ist, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die SPÖ NÖ startete Anfang des Jahres die Kampagne „Arbeit ist unser Thema“, deren zentraler Punkt die Vollbeschäftigung ist. Im Herbst geht es um die Lehrlinge: In Österreich ist das duale System, um das uns viele Länder beneiden, bei der Berufsausbildung verbreitet – es weist hohe Qualitätsstandards auf und ist praxisbezogen. Mag. Matthias Stadler, SPÖ NÖ Landespartei-vorsitzender, spricht sich für eine Reformierung der Lehrlingsausbildung aus, um die Lehre noch näher an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auszurichten.

„Die Ansprüche an die Lehrlinge steigen durch Technisierung und Spezialisierung. Deswegen ist unser Vorschlag, das duale Ausbildungssystem durch das triale System weiterzuentwickeln“, erklärt Stadler: „Ein Drittel Berufsschule, ein Drittel betriebliche Ausbildung, ein Drittel überbetriebliche Ausbildung. Betriebe werden entlastet – es kön-

nen Ausbildungsbereiche, die in einem Betrieb nicht angeboten werden, trotzdem abgedeckt werden, Lehrlinge erhalten breitere praktische Qualifikationen. Es könnten so auch individuelle Schwächen ausgeglichen werden, das würde den Lehrlingen selbst, aber auch den Betrieben zu Gute kommen.“

Zudem würde ein triales Ausbildungssystem den Lehrberuf attraktivieren, sagt Stadler: „Der Fachkräftemangel macht deutlich, wie dringend der Reformbedarf in der Lehre ist, auch was das Image und die gesellschaftliche Anerkennung betrifft. Die Lehrlinge brauchen Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit sich zu verändern – deswegen sollte weiteres Wissen wie beispielsweise IT, Fremdsprachen, praxisorientierte Fachtrainings oder berufliche Spezialisierungen und Zusatzqualifikationen angeboten werden. Denn junge Menschen werden sich nicht

für einen Beruf entscheiden, wenn sie sich für die nächsten 50 Jahre festgenagelt fühlen. Ein triales Ausbildungssystem, das die jungen Menschen mit einem breiten Kompetenzprofil ausstattet, wäre eine ‚Win-win-win‘-Situation für die Lehrlinge, die Betriebe sowie den Wirtschaftsstandort.“

Stadler weist darauf hin, dass neue Technologien die Arbeitswelt verändern werden: „In Zukunft werden Roboter mitten unter uns ihre Arbeit verrichten, gesteuert von Sensoren, über Sprache und Gesten. Umso mehr müssen wir auf gute Qualifizierung und lebenslanges Lernen setzen. Ich bin davon überzeugt, dass junge Menschen die Chancen des digitalen Wandels nutzen können. Denn in kaum einem Beruf ist der Mensch vollständig durch Maschinen und Computer ersetzbar. Betriebe sind auch in Zukunft auf gut ausgebildete Frauen und Männer angewiesen.“

Foto: SPNÖ



STARKE ANSAGE gegen den geplanten Ausbau des grenznahen AKW Dukovany (CZ): Das GVV-Spitzen-duo Präsident Rupert Dworak und Direktor Ewald Buschenreiter forderte alle Gemeinden und BürgerInnen auf, kritische Stellungnahmen zum laufenden UVP-Verfahren beim Land NÖ zu deponieren.

Wahlrechtsreform jetzt!

GVV-Präsident Bgm. LAbg. Rupert Dworak wird seit der GRW 2015 nicht müde, vehement eine Reform des Wahlrechts zu fordern. Der entsprechende Wirbel anlässlich der Bundespräsidentwahl war da nur Wasser auf seine Mühlen. Anfang September stand das Thema nun auch im Focus der Klubklausur der SPÖ-Niederösterreich in Altenglobitz.

„Uns geht es vor allem um die dringend notwendige Novellierung der Gemeinderatswahlordnung. Die immer wieder auftauchenden Missstände und eine Umfrage des GVV haben den Reformbedarf klar aufgezeigt“, führte der Kommunalsprecher der SPNÖ und GVV-Präsident Bgm. LAbg. Rupert Dworak anlässlich einer Pressekonferenz bei der Klausur aus.

Bei der Gemeinderatswahl 2015 habe es zahlreiche Einsprüche und sogar rund 430 Beschwerden gegen das Wählerverzeichnis gegeben. „Aus unserer Sicht ist die Frage der ZweitwohnsitzerInnen eines der Hauptprobleme, denn hier gibt es zum Teil gravierende Missstände. Aus der Sicht unserer FunktionärInnen hat das Prinzip ‚Ein Wähler, eine Stimme‘ zu gelten, ein Missbrauch muss hier auf jeden Fall ausgeschlossen werden. Wir fordern daher, dass in Zukunft

für ein Wahlrecht nicht mehr die bloße Wohnort-Meldung ausreicht. Es muss ein Modus gefunden werden, wer tatsächlich wahlberechtigt sein kann. Auch das passive Wahlrecht muss insofern eingeschränkt werden, dass eine Person nur mehr in einer Gemeinde kandidieren kann“, erläutert Dworak. Außerdem sei darüber nachzudenken, eine allgemeingültig geregelte finanzielle Entschädigung für die WahlbeisitzerInnen zu regeln, da es immer schwieriger werde, Freiwillige für diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu gewinnen.

Weiters forderte Dworak eine Diskussion über die amtlichen Stimmzettel: „Nicht nur, dass die Verteiler teilweise sogar in den Verbotszonen stehen, wurden bei der letzten Wahl auf diesen Stimmzetteln sogar Wahlkampfthemen angeführt, hier gibt es

Handlungsbedarf!“ Eine klare Regelung solle es auch bei der Deklaration der Listenzugehörigkeit geben. Die Parteizugehörigkeit einer kandidierenden Liste müsse bereits bei der Abgabe des Wahlvorschlags klar sein, betont Dworak, der auch klarere Regelungen bei der Briefwahl anregt. „Eine Reformierung des Wahlrechts muss von einer breiten Mehrheit getragen werden. Daher werden wir das Gespräch mit allen Verbänden und Parteien und mit den BürgerInnen suchen“, so Dworak.

„Wenn nicht rasch gehandelt wird, wird es in Zukunft zu immer mehr Einsprüchen und Beschwerden bis hin zu Wahlwiederholungen kommen. Noch haben die Menschen Vertrauen in unsere Demokratie und unser Wahlrecht. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das auch so bleibt“, so GVV-Präsident Dworak.

Foto: Rita Klement



Mag.^a Astrid Reiser, (43)

„Geht ned, gibt's ned!“

Sie ist in Zwölfaxing weder geboren, noch aufgewachsen. Sie ist eine Steirerin vom Land, die es zunächst nach Graz und Wien verschlagen hat. Nach Zwölfaxing zog die zarte, quirlige Frau erst 2006. Ja, sie ist ein echtes Energiebündel, steht quasi stets unter Dampf. „Es muss sich immer was bewegen!“, sagt Astrid Reiser. In ihrer Wahlheimat Zwölfaxing hat sie selbst schon jede Menge bewegt und das schier Unglaubliche geschafft: Bei der GRW 2015 verlor die ÖVP die Absolute und die „Zuag'raste“ holte für die SPÖ das Bürgermeisteramt.

Astrids Wiege stand in Kalsdorf bei Graz. Sie war das mittlere Kind. Der Bruder ist fünf Jahre älter, die Schwester ein Jahr jünger. - Man sagt ja, das mittlere Kind bekomme immer am wenigsten... Astrid Reiser lacht: „Ja, das stimmt. Die Mittleren müssen sich durchbeißen!“ Ihre Eltern Margarethe und Herbert Mörth (heute beide 77) boten den drei Kindern einen bodenständigen Haushalt. Die Mutter kommt aus einer südsteirischen Bauernfamilie, der Vater arbeitete zuerst als Schlosser, sattelte später auf Versicherungskaufmann um. Politik oder gar Parteipolitik waren im Hause der Mörths kein Thema.

Astrid interessierte sich eher für Wirtschaft, ging als einziges Mörth-Kind aufs Gymnasium, weil sie das so wollte, wechselt schließlich in eine Grazer HAK, wo sie maturierte. „Danach wollte ich unbedingt arbeiten, Geld verdienen, unabhängig sein. Ich bin auch sofort ausgezogen und hab mir in Graz eine Wohnung genommen, ein Auto angeschafft. Aber nach einem halben Jahr im Job hab ich mir gedacht: Das kann jetzt aber noch nicht alles gewesen sein - und begann nebenbei Betriebswirtschaft zu studieren.“ 1997 erfolgte der Umzug nach Wien. Dort

hat sie 2002 über den Uni-Freundeskreis den gleichaltrigen Martin Reiser (heute Wirtschaftsinformatiker und Partner bei einem Consulting-Unternehmen) kennen und lieben gelernt, im März 2007 wurde geheiratet. Tochter Sophie ist heute neun, Sohn Jonas sechs. „Martin, ein gebürtiger Schwechater, kommt im Gegensatz zu mir aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie“, erzählt Reiser. 2006 erfolgte der Umzug nach Zwölfaxing. Hier war kurz vor der Hochzeit ein Haus gekauft worden – ganz bewusst ganz in der Nähe der Schwechater Schwiegermutter. Astrid Reiser: „Ich hab die beste Schwiegermama der Welt. Weil ich nun viele Abendtermine hab, kümmert sie sich sehr viel um unsere Kinder. Die wiederum lieben die Oma sehr und ohne sie wäre vieles gar nicht möglich.“ Auch Gatte Martin hilft eifrig mit, um rege die Bürgermeisterin zu entlasten. Astrid Reiser (lacht): „Bei uns ist die Arbeitszeitteilung zu Hause und mit den Kinder 40:60 – und die 60 Prozent habe nicht ich.“

Zu Hause herrscht eine Arbeitsaufteilung von 60:40 - und die 60% hat der Ehemann

Mit ihrem Studium war Reiser, die daneben sehr viel jobbte, u.a. bei der Nationalbank, relativ spät fertig geworden, nämlich 2003. In diesem Jahr begann auch sie für Wien Gas und dann Wien Energie zu arbeiten, elf Jahre lang. „Ich kam dort rasch mit der Personalvertretung, dem Betriebsrat in Berührung, wurde gefragt, ob ich für sie eine Veranstaltung organisieren möchte. Das liegt mir und ich tu es auch wirklich gern.“ Und bald wurde sie in die Personalvertretung kooptiert. „Zu diesem Zeitpunkt bin ich SPÖ-Mitglied geworden. Später habe ich auch noch den Frauenvorsitz übernommen, bin bei der GDG ins Landespräsidium eingestiegen und kam in den Bundesfrauenvorstand.“

Warum das Engagement für die SPÖ? „Ich bin von Grund auf ein Typ, der offensichtliche Ungerechtigkeiten in jeglicher Form überhaupt nicht verträgt. Das war schon in der Schule so. Am Arbeitsplatz hat sich das dann noch verstärkt, wenn gewisse Benachteiligungen da waren, oder kein ausreichendes Mitspracherecht.“

Auch der Einstieg in die Lokalpolitik ihrer neuen Heimatgemeinde erfolgte aus eigenem Antrieb. 2008 hat sie den damaligen Zwölfaxinger Ortsparteivorsitzenden Vizebgm. Franz Männersdorfer angerufen, sich als neu in der Gemeinde vorgestellt und ihre Mitarbeit angeboten. Das gibt's nicht oft. Männersdorfer traute wohl kaum seinen Ohren - und schaltete schnell. Eine halbe Stunde später stand er schon persönlich vor der Tür. Reiser: „Ich habe zuerst mal im Ortsausschuss mitgear-

beitet.“ Bei der GRW 2010 hat Reiser zum ersten Mal kandidiert. Da fiel die SPÖ von sieben auf fünf Mandate zurück. „Ich war auf Platz sechs gereiht, aber der damalige GGR Fritz Persch hat für mich verzichtet.“ Nach den Mandatsverlusten legte Männersdorfer den Ortsparteivorsitz zurück und zu seiner Nachfolgerin wurde tatsächlich der Neuling Astrid Reiser gewählt. Die avancierte ein Jahr später zur geschäftsführenden Gemeinderätin und schließlich bei der GRW 2015 auch zur SPÖ-Spitzenkandidatin. Zu einer sehr erfolgreichen. Reiser holte mit einem neuen Team nicht nur gleich mal ein Mandat zurück, sondern für die SPÖ auch das Bürgermeisteramt – und das als nicht stimmenstärkste Partei.

Wie das funktioniert hat? Die SPÖ ist mit ihren sechs Mandaten in einer Koalition mit der ZIB (Zwölfaxings Initiative Bürgerinnen und Bürger). Die ÖVP hält nach einem Verlust von satten drei Mandaten nun bei sieben und die FPÖ schaffte mit einem Mandat den Einzug ins Ortsparlament. Alles „arschknapp“ würde VdB sagen.

„Wir sind zwar nicht die stärkste Fraktion, aber die beste!“ - so sieht das Reiser. Mit einer Frau an der Spitze hat sich in der Zwölfaxinger Gemeindepolitik einiges geändert. „Es gibt jetzt nicht mehr vier oder fünf Vorstandssitzungen im Jahr, sondern jedes Monat eine. Ich versuche, alles sehr transparent

„Wir sind nicht die stärkste Fraktion, - aber die beste“

zu gestalten, alle einzubinden. Sogar die Zusammenarbeit mit der ÖVP passt jetzt. Mit unserem Koalitionspartner ZIB funktioniert es ohnehin, wir haben schon in der Opposition sehr gut zusammengearbeitet.“ Dass diese fragile politischen Konstruktion in Zwölfaxing so gut läuft, ist womöglich auch zwei persönlichen Leitsätzen von Astrid Reiser geschuldet: „Geht ned, gibt's ned“ und Paul Watzlawicks „Man kann nicht nicht kommunizieren“.

Auch im Brotheruf brachte das neue Bürgermeisteramt gravierende Änderungen: „Die Arbeit als Geschäftsführerin des IT-Dienstleistungsunternehmens des ÖGB, die ich seit Mai 2014 machte, ist sich mit der Wahl zur Bürgermeisterin zeitlich nicht mehr ausgegangen.“ Seit Februar 2016 ist sie bei der SPNÖ angestellt. Der Job teilt sich auf in 50% Bezirksgeschäftsführung Schwechat und in 50 % für die Organisationsentwicklung in der Landespartei.

Für die GRW 2020 hat Power-Frau ein klares Ziel vor Augen: „Wir werden die Absolute holen.“



Bgm.in Astrid Reiser: Bild ganz oben und Bild oben mit ihren Zwölfaxinger SPÖ-MandatarInnen.

Fotos: Thomas Lukaschitz, privat

Equal Pay Day

Leider schon zur Tradition geworden, ist der Equal Pay Day. Das ist jenes Datum, ab dem Frauen – gemessen an den durchschnittlichen Einkommen der Männer – umsonst bis ans Jahresende arbeiten. Immerhin sind das in Niederösterreich heuer 82 Tage. Die Veränderung von zwei Tagen (2015: 84 Tage) im Vergleich zum Vorjahr fällt kaum ins Gewicht.

Was hat der Equal Pay Day mit Gemeindepolitik zu tun, werden sich viele fragen und gleich dazu setzen, dass die Gemeindepolitik diese Schieflage nicht lösen kann. Natürlich kann die Gemeindepolitik diese Ungerechtigkeit – und darüber, dass es ungerecht ist, sind wir uns ja alle einig – nicht lösen. Was eine Gemeinde allerdings tun kann, ist Rahmenbedingungen zu schaffen. Beginnend mit Kinderbetreuungseinrichtungen, die von den Zeiten her für Kinder und Eltern passen, bis hin zu Ganztages-

schul-Angeboten. Wenn das in einer Gemeinde nicht machbar ist, sind sogar Gemeinde übergreifende Möglichkeiten zu überlegen. Die Rahmenbedingungen, die Frauen in Gemeinden vorfinden, beeinflussen Zuzug bzw. Absiedelung ganz massiv. Die Berufswahl ist ebenso ein wesentlicher Faktor, um die Chancen von Frauen zu verbessern. Die zunehmende Technologisierung und der Einfluss neuer Medien macht vor keinem Bereich halt.

Um unseren Bundeskanzler Kern zu zitieren: „Die Supermarktkassiererin wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben.“ Deshalb ist es so wichtig, neue Impulse zu setzen, damit mehr Frauen einen geschlechteruntypischen Beruf ergreifen. Gemeindepolitik könnte besonders Jugendliche mit einem kleinen finanziellen Betrag fördern und unterstützen, die diesen Schritt wagen – Burschen, die einen frauendominierten Beruf ergreifen wollen oder Mädchen die in männerdominierten Berufen Fuß

fassen wollen. Eine Entscheidung für einen nichttraditionellen Beruf müssen Jugendliche im Bewusstsein treffen, dass ihre Berufswahl – noch – im Gegensatz zu den herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen und Geschlechterleitbildern steht. Ich denke, dass wir als Gemeindemandatarinnen und -mandatare Vorbilder sind.

Die Zeichen der Zeit zu erkennen und dementsprechend zu handeln ist besser, als überrumpelt zu werden. Mit einer derartigen Unterstützung würden unsere Gemeinden eine Vorreiterrolle übernehmen und wir kämen unserem Ziel, die Lohnungleichheiten zu beheben und gleichzeitig fit für die Zukunft zu werden, ein Stückchen näher!



von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Gemeindetag 2016 in Klagenfurt

Am 6./7.10. standen FAG & finanzielle Gerechtigkeit für Gemeinden im Zentrum



Gipfeltreffen: GVV-NÖ-Präsident und Vizepräsident des Österr. Gemeindebunds Rupert Dworak (l.) mit den anderen Gemeindebundspitzen, Landeshauptmann Peter Kaiser und Finanzminister Hans Jörg Schelling.



SPÖ-GVV-NÖ-Runde im Casino Velden (v.l.): Verbandsjuristin Mag.^a Sabine Blecha, die Gäminger Bürgermeisterin LAbg. Renate Gruber, Büroleiterin Marianne Fügl und Heidi Wenzl (Verbands-Sekretariat und Buchhaltung).

Fotos: Jäger, Jacqueline Godany/Österr. Gemeindebund



Organisator GGR Christian Kudym (r.) mit Modellregionsmanager Michael Krula & Bgm.in Andrea Stipkovits.



Der Obergrafendorfer Bürgermeister Rainer Handlfinger und Gastgeberin Bgm.in Andrea Stipkovits im Publikum.

Klimawandel & Energiewende

Die Marktgemeinde Vösendorf lud zu einer interessanten Fachtagung

Im Sommer fand unter der Patronanz von Bgm.in Andrea Stipkovits die erste Vösendorfer Fachtagung „Klimawandel & Energiewende“ statt. Dabei waren die Schwerpunkte: • die Ergebnisse der Klimakonferenz Paris • Ausblicke und mögliche Szenarien für die Umsetzung • Handlungsempfehlungen für Gemeinden und Betriebe. Die Tagung wurde vom Energiebeauftragten der Marktgemeinde Vösendorf, GGR Christian Kudym, MSc, in Kooperation mit der IG Energieautarkie organisiert und durchgeführt.

Zu Beginn berichtete Dr. Helmut

Hojesky vom Umweltministerium über die „Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris und dem daraus resultierenden Handlungsbedarf für Österreich“. Anschließend hat Mag. Dr. Jürgen Schneider, Vorstandsmitglied des Umweltbundesamts, das „Szenario erneuerbare Energie 2030 & 2050“ sowie die „Roadmap Klima & Erneuerbare Energie“ für Österreich vorgetragen.

Weiters haben drei Vorreiterkommunen konkrete Umsetzungsschritte aus ihren Gemeinden präsentiert und zwar Bgm. DI(FH) Rainer Handlfinger, „e5 - Gemeinde Ober-

Grafendorf“, Bgm. Wolfgang Kocvar, „Smart City Ebreichsdorf“ und GGR Christian Kudym, MSc „Klima- & Energie Modellregion Vösendorf“.

Nach den Bürgermeistern kamen die Experten zu Wort, DI Johannes Fechner von klimaaktiv und dem Umweltministerium sowie DI Dr. Peter Ramharter und Prof. Mag. Dr. G. Nauer von der IGEA. Die Interessengemeinschaft Energieautarkie, mit Sitz in Vösendorf, versteht sich als Plattform, welche alle handelnden Akteure rund um Planung und Einsatz erneuerbarer Energien, sowie Energieeffizienz miteinander vernetzt. Sie ist eine Schnittstelle zwischen Planern, Wirtschaft, Gemeinden, Regionen sowie interessierten Bürgern.

Die zweite Fachtagung „Klimawandel und Energiewende 2050“, wird am 19. Oktober 2016 in Vösendorf abgehalten und widmet sich dem Thema „kommunaler Wohnbau im Hinblick auf die bevorstehende Energiewende“.

Anmeldungen unter info@voesendorf.gv.at.

Top Weiterbildungsangebot der IGEA

Die Interessengemeinschaft Energieautarkie (IGEA) bietet im Schloss Vösendorf in Kooperation mit der Alpe-Adria-Universität Klagenfurt eine berufsbegleitende zweijährige Weiterbildung (akademischer Abschluss MSc) rund ums Thema Energieautarkie an. Die Inhalte sind im Besonderen abgestimmt auf Entscheidungsträger der Kommunen (Bürgermeister, Amtsleiter, Fachbedienstete in den Bauämtern, Energiebeauftragte, Energie- und Umweltgemeinderäte etc.), um für die fachlichen und inhaltlichen Herausforderungen zur Energiewende gewappnet zu sein. Das nächste berufsbegleitende Studium mit vier Semestern zum Master of Science (MSc-Energieautarkie) startet im November 2016. Kosten: € 3.625,- pro Semester.

Infos unter: IG Energieautarkie, Dr. Martin J.F. Steiner, Tel.: 0676/5458902 office@igenergieautarkie.at www.igenergieautarkie.at

Foto: SPÖ Vösendorf



Die Fotomontage zeigt das Lichtenwörther Wahrzeichen Adlertor (M.) und die neu renovierte Erholungs-Oase „Insel“.

Orts-Reportage Lichtenwörth, Wiener Neustadt-Land

Nadelburg & Sozialdemokratie

Die ehemalige Hochburg der heimischen Industrialisierung unter Maria Theresia hat sich zu einer Wohlfühl- und Wohngemeinde gewandelt. Einige Klein- und Mittelbetriebe gibt's hier noch, Industrie aber nur mehr im sehenswerten Museum. Schaffung von Wohnraum ist das Gebot der Stunde.

Das österreichische Industriezeitalter startet 1747 in der Metall- und Messingnadelfabrik Nadelburg (heute Gemeinde Lichtenwörth). Bereits 1751 ging der Betrieb ins Staats-Eigentum über und später an den Wiener Großhändler Anton Hainisch, unter dessen Leitung die Fabrik ihre Hochblüte erlebte. Im



Bild links: Bgm. Harald Richter auf seiner schweren Honda. Er ist begeisterter Biker. Bild oben: das Lichtenwörther Gemeindeamt.



1 Pfarrkirche aus der Vogelschau. 2 Engelreigen beim Adventmarkt. 3 NMS-Abschlussfest. 4 Filialkirche bei der Nadelburg.

Vormärz wurden die Drahtziehereien durch Walzwerke ersetzt und durch eine Baumwollspinnerei ergänzt. 1930 wurden die Nadelburger Metallwarenwerke geschlossen. Jahrzehnte des Verfalls folgten, erst 1986, als das Gebäudeensemble unter Denkmalschutz gestellt wurde und Hauseigentümer Franz Gehler ein Heimatmuseum gründete, begann ein Umdenken.

Heute ist man sich in Lichtenwörth seiner Geschichte sehr wohl bewußt. Auch die Sozialdemokratie, die in den einstmals hier ansässigen zahlreichen Fabriksarbeite-

rInnen wurzelt, wird noch immer hochgehalten.

„Wir sind eine absolute Wohlfühlgemeinde. Eine Landgemeinde mit einer Top-Infrastruktur und durch die Nähe von Wiener Neustadt haben wir auch die urbanen Annehmlichkeiten, wie z. B. ein Krankenhaus, gleich in unmittelbarer Nachbarschaft. Mit unseren vielen aktiven Vereinen, sind wir noch gut eingebettet in ein traditionelles und sehr soziales Ortsleben“, sagt Bürgermeister Harald Richter (46). Im Brotberuf ist der begeisterte Motorrad-Biker fachlicher Leiter des

Beschwerdemanagements bei Telekom A1. Nicht die schlechtesten Voraussetzungen für das Bürgermeisteramt...

Die vom Bürgermeister angesprochenen Vorzüge wirken sich positiv auf die Bevölkerungsentwicklung aus. Die Jungen bleiben im Ort, Zuzügler kommen. Vor allem aus dem nahen Wr. Neustadt. Die Schaffung von Wohnraum ist ein akutes Thema - scheitert derzeit aber am Land Niederösterreich.

„Ich hätte schon längst Startwohnungen im Rahmen der Aktion Junges Wohnen bauen wollen,



Ein Hit bei den Kleinen: der Kindermakenball. Bild rechts: Beim Ostermarkt werden Würstel am offenen Feuer gegrillt.

Fotos: Marktgemeinde Lichtenwörth, wikipedia [1]



1



2



1

ebenso ein Projekt Familienwohnen am Hauptplatz - aber wir bekommen einfach keine Förderungen vom Land bewilligt.“ Lichtenwörth selbst verfügt nur über 20 Gemeindewohnungen. Die Bevölkerungsentwicklung ist aber seit Jahrzehnten konstant steigend. Ein Lichtpunkt am Horizont: Ein Betreutes-Wohnen-Projekt mit 30 Seniorenwohnungen ist in Planung.

Dass die sozialdemokratisch geführte Gemeinde auch eine soziale ist, lässt sich an vielen Punkten festmachen. Hier nur einige Beispiele: Das jüngste diesbezügliche Herzensprojekt von Bgm. Richter ist die Servicecard. Die ist für jede BürgerIn personalisiert und mit der

können die verschiedensten Gemeindedienstleistungen abgerufen werden. Hier nur ein Auszug: jährliche Sperrmüllgutscheine, Grünschnittgutscheine, Anschluss an das NÖLI-Altspeisefettsammelsystem, Taxigutscheine für Jugendliche.

Apropos Taxi: Lichtenwörth hat auch ein Dorftaxi. Es steht den BürgerInnen werktags von 8-12 Uhr für Fahrten zu lokalen Nahversorgern, Ärzten, Apotheken und für Amtswege in Lichtenwörth, Eggen-dorf und Wr. Neustadt zur Verfügung.

Ein anderes soziales Projekt ist die Adventfenster-Aktion. Von 1. bis 24. Dezember wird jeden Tag ein

liebepoll dekoriertes Fenster geöffnet und die Besitzer bewirten die Gäste mit Schmankerln. Alle Einnahmen kommen einem sozialen Zweck zugute, meist in Not geratenen MitbürgerInnen. So werden jedes Jahr rund 16.000 € gesammelt!

Feste feiern können die Lichtenwörther allemal. Das ist auch dem regen Vereinsleben geschuldet. Rund 40 Vereine sorgen für Aktivitäten und Events. So ist der Veranstaltungskalender gut gefüllt. Hier nur die jährlichen Highlights: Perchtenlauf (3.000 Besucher), Faschingsumzug (10.000 Besucher), Osterschmankerlmarkt (800 Besucher), großer mehrtägiger Kirtag, Sturm & Maroni Fest. Und jetzt will

sich Lichtenwörth auch noch als Hochzeitsgemeinde etablieren. Richter: „Unser frisch renovierter Trauungssaal und unsere Freiluft-Hochzeitsangebot auf der Insel sind gut gebucht.“ Die Insel in der Warmen Fische, über eine große und eine schmale Brücke erreichbar, ist ein idyllisches Top-Naherholungsgebiet im Ort. In alten Zeiten war die Insel eine Sommerresidenz der Pfarre Seebenstein und liegt im damaligen Herrschaftspark der Nadelburg-Geschäftsleitung. 2014 wurde sie von der Gemeinde um 350.000 Euro schön hergerichtet. Sie hat jetzt einen Rund-um-Wanderweg und wird auch gerne für diverse Festivitäten und Feiern genutzt.

Getrübt wird das Leben in Lichtenwörth nur durch einen einzigen Umstand. Wenn der Wind ungünstig weht, dann kann's stinken. 20.000-25.000 Schweine verteilen sich hier auf 15 Bauern. Der größte Schweinebauer hat rund 2.500 Tiere im Stall. „Leider sind diese Betriebe historisch in der Ortschaft gewachsen“, weiß der Bürgermeister, und dementsprechend ist auch die Belastung für die Menschen.“ Einmal hatte die Gemeinde für ein halbes Jahr einen Luftgütemesscontainer. Richter: „Die Messungen haben ergeben, dass Lichtenwörth 73 Prozent der Zeit eine über den Grenzwert belastete Luft atmet. Und durch erhöhte Nitratwerte ha-

ben wir auch ein Grundwasserproblem. Das resultiert aus dem massiven Aufbringen von Schweinegülle auf den Feldern.“ Aber der Bürgermeister gibt den Kampf gegen die massive Schweinehaltung nicht auf – und kann auch auf Erfolge verweisen: So wurde 2014 der Bau eines Mega-Güllebeckens (Fassungsvermögen acht Millionen Liter!) mit einer Bausperre verhindert.

Die BürgerInnen sind in diesem Kampf „zu 98 Prozent“ (0-Ton Richter) auf Seite der Gemeinde. „Langfristig wird die Zeit das Problem lösen. Den Schweinebauern fehlt immer mehr der eigene Nachwuchs, der in ihrer Fußstapfen treten möchte.“ Bis dahin wird so an

- 1 Die Fa. Linhart & Wagner beherbergt 120 Jobs. 2 Tennis-Ass Dominik Thiem ist ein echter Lichtenwörther.
3 Sozial: Ein „Dorftaxi“ gibt's nicht überall. 4 Traditionsbewusst: Lichtenwörther Dirndl in den Gemeindefarben.



3



4

Fotos: Marktgemeinde Lichtenwörth, Andi Bruckner [3]

- 1 „Die Insel“ - das frisch auf Vordermann gebrachte Naherholungsjuwel. Hier wird auch gerne Hochzeit gehalten.
2 + 3 Die Dinkel-Linzertorte ist nur eines von vielen Produkten, die Meisterbäcker Linhart (r.) in Lichtenwörth herstellt.



2



3



1



2



7



3

- 1 Robert Bachtrögl ist Herz & Hirn des Nadelburgmuseums (NBM).
- 2 Auch Kinder können im NBM ihren Spaß haben...
- 3 Ur-Omas Küche im NBM lässt Besucher heute staunen.
- 4 Bgm. Harald Richter bei der Präsentation der „Servicecard“.
- 5 Der jährliche Faschingsumzug ist der zweitgrößte Österreichs.
- 6 Die Klachlteufel absolvieren auch in andern Gemeinden Auftritte.
- 7 Der Traktorverein hat anscheinend keine Nachwuchssorgen.
- 8 Die Gemeinde gibt Hochzeiten einen besonders festlichen Rahmen.



4

der Problemlösung gearbeitet: „Wir haben nun effiziente Lüftungsanlagen gefunden und wenn die Förderung passt, wollen die Bauern diese Filter einbauen. Wir sind da ständig im Gespräch.“

Finanziell steht die Marktgemeinde gut da. Rund 590.000 Euro lukriert sie an Kommunalsteuer. Größter Betrieb (120 Jobs) ist die Großbäckerei Linauer & Wagner. Insgesamt gibt es in der Gemeinde rund 450 Arbeitsplätze. Das Budget im ord. Haushalt beläuft sich auf r.d. 4,8 Millionen Euro, im RA 2015 wurde ein Überschuss von rd. 135.000 Euro erzielt. „Und das, ob-

wohl wir bei den Bedarfszuweisungen hart geschnitten werden“, beklagt der Bürgermeister, „Schon im letzten Jahr bekamen wir lediglich 20.000 Euro und heuer gab's für uns überhaupt keine BZ mehr.“

Und welches Gemeinde-Projekt steht als nächstes an, Herr Bürgermeister? „Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Neu/Umbau von Feuerwehr-Haus, Bauhof und Sportplatz, allesamt benachbart, auf Hochtouren. Die Finanzierung mit der EGW Heimstätte steht. Insgesamt geht es da um sechs bis sieben Millionen Euro. Bis 2019 sollte das verwirklicht sein.“

FACT-SHEET

Lichtenwörth

Marktgemeinde im Bezirk Wiener Neustadt-Land, Industrieviertel
Einwohner: 2.765, plus rd. 500 Zweitwohnsitzer
Fläche: 22,97 km² Seehöhe: 254m
Gemeinderat (21 Mandate):
12 SPÖ, 5 ÖVP, 2 LPL (Liste Pro Lichtenwörth), 1 FPÖ, 1 PAAR (Liste Wolfgang Paar)

Besonderheiten:

Servicecard für alle Gemeinde-BürgerInnen (ganz neu);
Neue Mittelschule mit Schwerpunkt Sport & Kreativität (ist auch bekannt für's Einradfahren); Veranstaltungssaal für 380 Personen, direkt bei den Schulen; Produktionsstandort der Großbäckerei Linauer & Wagner (rd. 120 Arbeitsplätze); Weinbau (fast immer hat wenigsten ein Winger aus'gesteckt); Dorftaxi; Hochzeitsgemeinde; neu in Stand gesetztes Naherholungsgebiet Insel (in der Warmen Fische); Photovoltaik-Programm; Nadelburg mit Heimatmuseum - in der ehemaligen Großfabrik begann unter Maria-Theresia die Industrialisierung in Österreich;
Jährliche Großveranstaltungen: Perchtenlauf (rd. 3.000 BesucherInnen), Faschingsumzug (rd. 10.000 BesucherInnen), Osterschmankerlmarkt, großer mehrtägiger Kirtag, Sturm & Maroni Fest, Adventfenster.
www.nadelburgmuseum.at



5



6

Fotos: Marktgemeinde Lichtenwörth, CC-BY Lizenz (1), privat



8



Kommunikation im Netz - „Das Fehlen des Augenkontakts ist extrem problematisch!“

Die Journalistin und Autorin Ingrid Brodnig (31) blickt mit ihrem aktuellen Buch „Hass im Netz“ auf die dunkle Seite des Internets. Im KI-Interview spricht die profil-Redakteurin darüber, warum es so viel Hetze, Mobbing und Lügen im Netz gibt - und wie man sich erfolgreich dagegen wehren kann. Auch auf kommunalpolitischer Ebene wird dieses heiße Thema immer wichtiger.



Lügen, Hetze und Mobbing sind Internet im Netz so präsent, dass man mittlerweile schon versucht ist, das als „normal“ zu betrachten. Warum agieren viele Menschen, die im Netz kommunizieren, so völlig enthemmt?

Das Kernproblem ist, dass im Netz Diskussionen schneller zum Scheitern verurteilt sind, als außerhalb des Internets. Der wesentliche Unterschied dabei: Im Internet sehe ich mein Gegenüber nicht. Deshalb tue ich mir online leichter, aggressiv zu sein. Wenn ich jemanden online als Idioten, Schlampe oder was auch immer bezeichne, geht das dort wesentlich einfacher und bequemer, weil ich nicht mit ansehen muss, wie diese Person darauf reagiert. Ich bekomme nicht mit, wie diese Person gekränkt den Blick abwendet oder ganz schockiert dreinschaut. Dieses Fehlen von nonverbalen Signalen führt dazu, dass sich Menschen im Internet weniger zurücknehmen. Das wird auch als sogenannte »Unsichtbarkeit« im Internet bezeichnet. Und die ist einer der Faktoren, die zur sogenannten »Online-Enthemmung« führen.

Man kann sogar wissenschaftlich nachweisen, dass das Fehlen des Gegenübers, vor allem das Fehlen des Augenkontaktes, extrem problematisch ist. Israelische Wis-

senschaftler namens Noam Lapidot-Lefler und Azy Barak haben aufgezeigt, dass, wenn Menschen Augenkontakt nur per Webcam haben, schon viel weniger Beleidigungen, Beschimpfungen und Be-

drohungen fallen. Das zeigt: Es ist schwieriger, jemandem mit dem Tod zu drohen, wenn ich ihm in die Augen schauen muss. Und das unterschätzen wir. Es ist eben nicht nur die klassischen Anony-

mität, dass ich den Namen der anderen Person nicht kenne, es sind nicht nur Aspekte, wie dass es online keine Polizeistreife im klassischen Sinne gibt, es ist speziell der Aspekt, dass es so leicht ist, die

Konsequenzen gar nicht zu spüren.

Mit dem Endlosdrama rund um die Bundespräsidentenwahl wurde diesbezüglich eine neue Eskalationsstufe gezündet. Entspricht das auch Ihrer Wahrnehmung?

Ja, das stimmt. Wenn die Gesellschaft mit sich selbst uneins ist und ohnehin schon viel gestritten wird, dann wird das im Internet

„In polarisierenden Zeiten sind Töne besonders rau.“

umso extremer. Gerade in polarisierenden Zeiten gibt es online noch viel mehr Diskussionen und mehr Potenzial zum richtig Wütend-Werden. Und weil es im Netz diese Enthemmung gibt, sieht man das dort umso mehr. Das Internet ist oft wie ein Katalysator. Dass Menschen zum Beispiel sehr unterschiedlich über Flüchtlinge denken – dafür ist das Internet nicht verantwortlich. Nur ist es im Netz umso leichter, grob zu Andersdenkenden zu sein. Deshalb sind in so polarisierten Zeiten im Netz die Töne besonders rau.

Warum sind so viele Menschen geneigt, auch die abstrusesten Behauptungen, die im Netz aufgestellt werden, zu glauben?

Hauptsächlich deshalb, weil viele dieser Behauptungen ja nicht nur einmal oder meinetwegen auch nur fünfmal daherkommen, son-

FACT-SHEET

Ingrid Brodnig

* 9. 11. 1984 in Graz, lebt jetzt in Wien.

Studierte Journalismus und Unternehmenskommunikation (Magistra FH). Medienredakteurin des Nachrichtenmagazins »profil«. Zuvor Leiterin des Medienressorts der Wiener Wochenzeitung »Falter« (dort beschäftigt von 2007 bis 2015) und Autorin der wöchentlichen IT-Kolumne »Digitalia« und von Kolumnen für die Sendung »Digital.Leben« auf Ö1.

Förderpreis für Bildungsjournalismus, European Young Journalist Award, Spitze-Feder-Förderpreis, Auszeichnung des »Österreichischen Journalisten« als eine der »Besten 30 unter 30«, Auszeichnung des Magazin »Edition F« als eine von »25 Frauen, die unsere Welt verbessern«.

Bücher:

„Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können“ - erschienen im April 2016 im Brandstätter Verlag. ISBN 978-3-7106-0035-7. Preis: € 17,90.

„Der unsichtbare Mensch. Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert“ - erschienen 2014 im Czernin Verlag. ISBN: 978-3-7076-0483-2. Preis: € 18,90.



dern die hört man dann fünfzigmal, hundertmal. Wenn ich beispielsweise Seiten folge, die sehr islamkritisch sind, dann werde ich immer ähnliche Gerüchte hören. Beim ersten Mal denke ich: Ah, das klingt jetzt extrem, wer weiß, ob da was dran ist. Aber beim fünfzigsten Mal denkt man: Das hab ich jetzt schon so oft gehört, da muss wohl was dran sein.

Ist das nicht auch eine Folge der Google-Auswahlkriterien?

Es sind zwei Aspekte, die da schlagend werden. Erstens: Wir Menschen haben uns schon immer Informationen gesucht, die zu unserem Weltbild passen. Zweitens: Die Technik verstärkt das noch. Weil zum Beispiel gerade der Facebook-Algorithmus mir eher Inhalte

einblendet, bei denen ich dann auf »like« klicke. Darum gibt es die berechtigte Sorge, dass wir im Netz dauernd viel mehr Inhalte zu sehen bekommen, die genau unserem Weltbild entsprechen und ei-

„Es gibt kaum eine Debatte, bei der man sich wohl fühlt.“

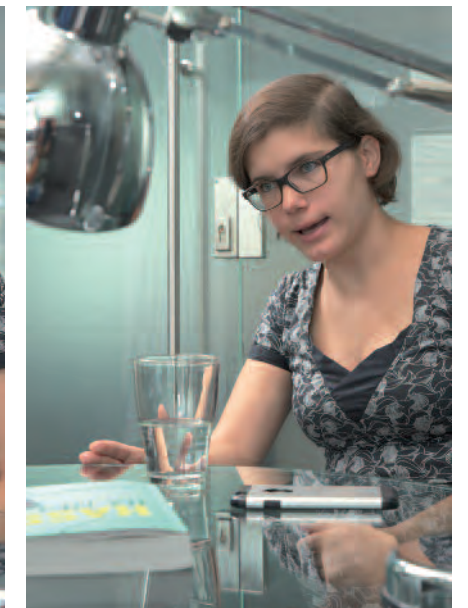
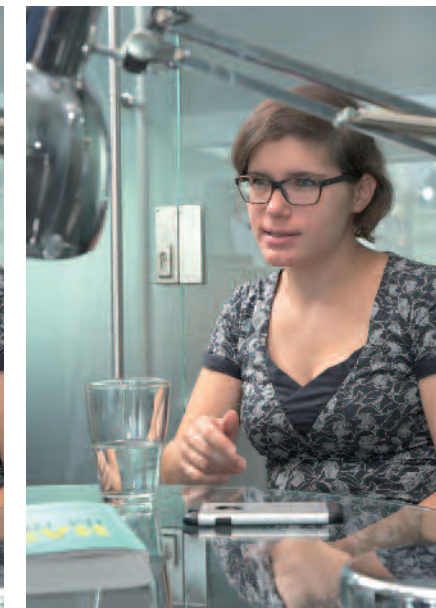
nem es so argumentativ viel leichter gemacht wird, sich in seinem Glauben, mit seinen Anschauungen bestärkt zu fühlen. Und gleichzeitig umso weniger für andere Argumente erreichbar zu sein.

Gibt es Posting-Plattformen, z.B. von Printmedien, oder bestimmte soziale Medien, wo sich sagen lässt: Hier sind besonders viele Lügenverbreiter oder Mobber unterwegs?

Beim deutschen Nachrichtenmagazin »Focus« geht es extrem rau zu. Die haben oft überaus harte Diskussionen, das ist für Deutschland sehr auffällig. Was Österreich betrifft: Viel Leute sagen, dass es im Krone-Forum so hart zugehe. Aber das ist anscheinend nicht einmal der härteste Teil: Die Krone löscht extrem viele Kommentare. Auch der Standard hat ein sehr umkämpftes Forum, aber immerhin hat die Zeitung ihr Moderations-Team in den vergangenen Jahren groß ausgebaut und die sind jetzt strenger damit geworden, was sie zulassen. Prinzipiell hat jedes Medium, das eine gewisse Größe hat, mit den Internet-Postings Probleme. Ich würde Ihre Fragestellung fast umdrehen und sagen: Es gibt



Fotos: www.fotoplutsch.at



kaum ein Medium, wo man sagt: Da ist eine Debatte, bei der man sich durchgehend wohl fühlt.

Eines der wenigen Medien, die hier noch vergleichsweise gut agieren, ist in Deutschland Zeit Online. Die haben ein großes Moderatoren-Team und eine sehr große Transparenz. Wenn die ein Posting löschen, dann schreiben sie auch dazu: *Bitte bleiben Sie sachlich! Oder: Bitte verweisen Sie nur auf seriöse Quellen.* – Es haben also so gut wie alle Medien Probleme mit den Internet-Foren, aber es gibt da schon ordentliche Qualitätsunterschiede. Besonders wichtig in dieser Frage ist auch: Werden strafrechtlich relevante Postings schnell gelöscht oder nicht.

Haben Sie Erfahrung mit Lügen, Hetze und Niedermachern im Netz auf kommunalpolitischer Ebene?

Gute Frage. Aber nein, hab ich nicht, wobei ich schon manchmal bei meinen Terminen von Leuten höre, dass es sehr wohl solche Fälle gibt. Meist scheint es Facebook zu sein, wo solche kommunale Geschichten stattfinden. Da sind dann Einzelpersonen oder auch ganze Gruppen aktiv und es wird

mitunter hart und auch untergriffig gegeneinander gepostet. Leider wird das alles noch häufiger als jetzt werden, weil auch die Kommunalpolitik in Zukunft immer mehr Facebook nutzen wird. Und je mehr das zunimmt, umso größer wird auch hier das Eskalationspotenzial.

„Der Einfluss auf Wahlen ist sicherlich signifikant.“

Wie groß werten Sie den Einfluss solcher Netz-Aggressoren auf Wahlergebnisse?

Eine Zahl kann ich hier nicht nennen, das wäre übertrieben, aber insgesamt ist der Einfluss sicherlich signifikant und spielt auf zwei Ebenen eine Rolle. Eine ist, dass ich mit Aggression gut polarisieren kann und die zweite Ebene ist, dass ich mit Aggression auch Themen setze. Da geht zum Beispiel ein Gerücht herum, über das plötzlich alle reden. Dann wird diskutiert: Stimmt es oder stimmt es nicht? Oder man redet darüber, wie schlimm es ist, dass solche Gerüchte entstehen. Schließlich wird die ganze Zeit damit verbracht, dieses Thema zu besprechen, andere The-

men fallen unter den Tisch. So findet eine Themensetzung statt.

Und noch kurz zum Polarisieren: Wir unterschätzen, wie stark sich Schimpfworte auswirken. Auch dazu eine interessante Studie. Wissenschaftler von der University of Wisconsin haben mehr als 1.000 Menschen einen Artikel zum Thema Nano-Technologie und auch die diesbezüglichen Leserkommentare lesen lassen. Die eine Hälfte las Kommentare, in denen lebhaft gestritten wurde, aber keine Schimpfworte fielen, die andere Hälfte bekam die gleichen Kommentare vorgesetzt, aber mit ganz sorgfältig eingeflochtenen Schimpfwörtern.

Wie zum Beispiel: *Wer das anders sieht, ist ein Idiot!* – Dann haben die Wissenschaftler erhoben, wie diese beiden Lesergruppen über die Nano-Technologie dachten. Und es stellte sich heraus, dass diejenigen, die den Text mit den Schimpfwörtern gelesen hatten, danach viel radikalisiert waren. Also wenn jemand aus dieser Schimpfwortgruppe vor der Lektüre tendenziell pro Nano-Technologie war, war er danach umso mehr



dafür. Und wenn jemand vorher eher skeptisch war, dann war er nachher womöglich radikal dagegen. Das ist total faszinierend, aber auch logisch. Wenn ich lese, dass ich ein Trottel bin, weil ich Angst vor Nano-Technologie habe, dann denk ich mir: *Nein, DU bist ein Trottel!*

So eine Art Jetzt-erst-recht-Mentalität...

Ja, genau. Das bedeutet aber auch, ich kann mit Schimpfworten verhindern, dass in einer Diskussion ein gewisser gemeinsamer Raum, ein Konsens gefunden wird. Und es hilft denen massiv, die polarisieren wollen. Was passiert, ist, dass dadurch die extremen Standpunkte, also das totale Dafür-Sein oder das totale Dagegen-Sein, viel eher Zulauf bekommen. Und was es nicht gibt, ist die Mitte. Das wiederum ist politisch problematisch, weil unsere Demokratie davon lebt, dass wir Kompromisse finden. Und diesen Mittelweg finde ich nicht, wenn ich den anderen so radikal ablehne, weil er mich ja beleidigt hat.

Wie kann man denn Falschmeldungen als solche enttarnen?

Das erste Indiz für eine Falschmeldung ist, dass man von ihr so geschockt ist, dass man sie sofort

teilen möchte. In so einem Fall sollte man schon innehalten und denken: Moment mal... - Weil sehr viele Falschmeldungen sind bewusst so schockierend gemacht, damit man sie ohne groß zu überlegen teilt und weiterverbreitet. Also, wenn ich mir denke: Das ist zu gut um wahr zu sein! - da müssen schon die Alarmglocken läuten.

Was kann man dann machen?

Die Stichworte, die vorkommen, googeln. Häufig hat schon jemand aufgeklärt, dass diese Meldung nicht stimmt. Oder ich kann auch, wenn bei der Meldung ein Bild dabei ist, das Bild in Google hochladen. Dann kann ich sehen, ob dieses Bild schon woanders hergezeigt worden ist. Ein Beispiel: Da war Bild im Umlauf, das angeblich jede Menge Müll zeigt, den Flüchtlinge hinterlassen haben sollen. Aber dann stellte sich heraus: Das war eine Mülldeponie in Ungarn... Mit dieser Rückwärtssuche kann ich auch bei einem Bild herausfinden, dass es nicht etwas Aktuelles, oder das, wofür es ausgewiesen wurde, zeigt, sondern etwas ganz anderes. Das gilt auch für Videos. Beim Attentat von Brüssel kursierte ein Video, auf dem man Menschen sieht, die offensichtlich panisch in einem

Flughafen davon laufen. Das war aber ein altes Video vom Moskauer Flughafen. Das hat man dann zwar relativ bald herausgefunden, aber das Problem war, dass das Video schon sehr, sehr viele Menschen geteilt hatten und es bereits stark im Umlauf war.

„Wenn man zum Opfer wird - alles gut dokumentieren.“

Und noch ein Tipp zur Entlarvung von Falschmeldungen: Es gibt die Seite *mimikama.at* von Tom Wannemacher und Andre Wolf. Die beiden tun nichts anders als Falschmeldungen und Gerüchten im Internet auf der Spur zu sein. Und so kann es auch ganz nützlich sein, bei denen nachzuschauen, was gerade für ein Unsinn im Umlauf ist.

Was ist zu tun, wenn man selbst zum Opfer wird? Wie kann man sich effizient wehren?

Ganz wichtig: Alles dokumentieren, am gescheitesten ist es, Bildschirmfotos, sogenannte Screenshots, zu machen. Leider passiert es immer wieder, dass beispielsweise Leute E-Mails bekommen, in denen sie bedroht werden und die das dann, aus dem Schock heraus und weil sie es weghaben wollen, löschen. Und dann stehen

sie da und wissen oft nicht einmal mehr, von welcher Mail-Adresse das gekommen ist. Man sollte diese Sachen immer dokumentieren, auch wenn sie zunächst noch nicht strafrechtlich relevant sind. Denn es kann sein, dass vom selben Absender immer wieder was kommt und dann kann das dann schon unter den Tatbestand Cybermobbing fallen, wenn ich über längere Zeit von ein und derselben Person niedergemacht werde.

Was man auch immer machen kann, ist, sich Verbündete suchen. Wenn ich merke, dass in einer Diskussion plötzlich alle über mich herfallen, dann kann ich Freunde via E-Mail oder Facebook anschreiben und sagen: Leute, schaut mal, was mir da passiert! - Und wenn diese Freunde dann posten: Das ist gar nicht gut, was da mit XY gerade passiert - dann hilft das. Leider reden oft die Opfer von solchen Internet-Anfeindungen nicht darüber, fressen das nur in sich hinein und haben dann auch niemand, der sie verteidigt.

Dabei ist es sehr wichtig, dass sich so ein Opfer nicht alleine gelassen fühlt. Im Umkehrschluss bedeutet das: Wenn ich als normaler User sehe, dass da jemand über Gebühr angegriffen und vielleicht auch fertig gemacht wird, dann kann und sollte ich auch sagen, dass ich das nicht in Ordnung finde. Sogar wenn es jemand betrifft, mit dem ich inhaltlich nicht auf einer Linie bin. Egal welche Meinungen wir haben, sofern sie im rechtlichen Rahmen sind, wir müssen einen Weg, eine Ebene finden, wo wir miteinander diskutieren können ohne einander die schlimmsten Schimpfworte und Drohungen an den Kopf zu werfen.

Hier ist es ganz wichtig Position zu beziehen und zu sagen: Ich will einfach nicht, dass wir alle so mit-

einander zu reden anfangen. Das ist etwas, was jeder machen kann. Da muss man nicht einmal selbst direkt betroffen sein.

Gibt es in Österreich strafrechtliche Möglichkeiten? Wie ist die Gesetzeslage?

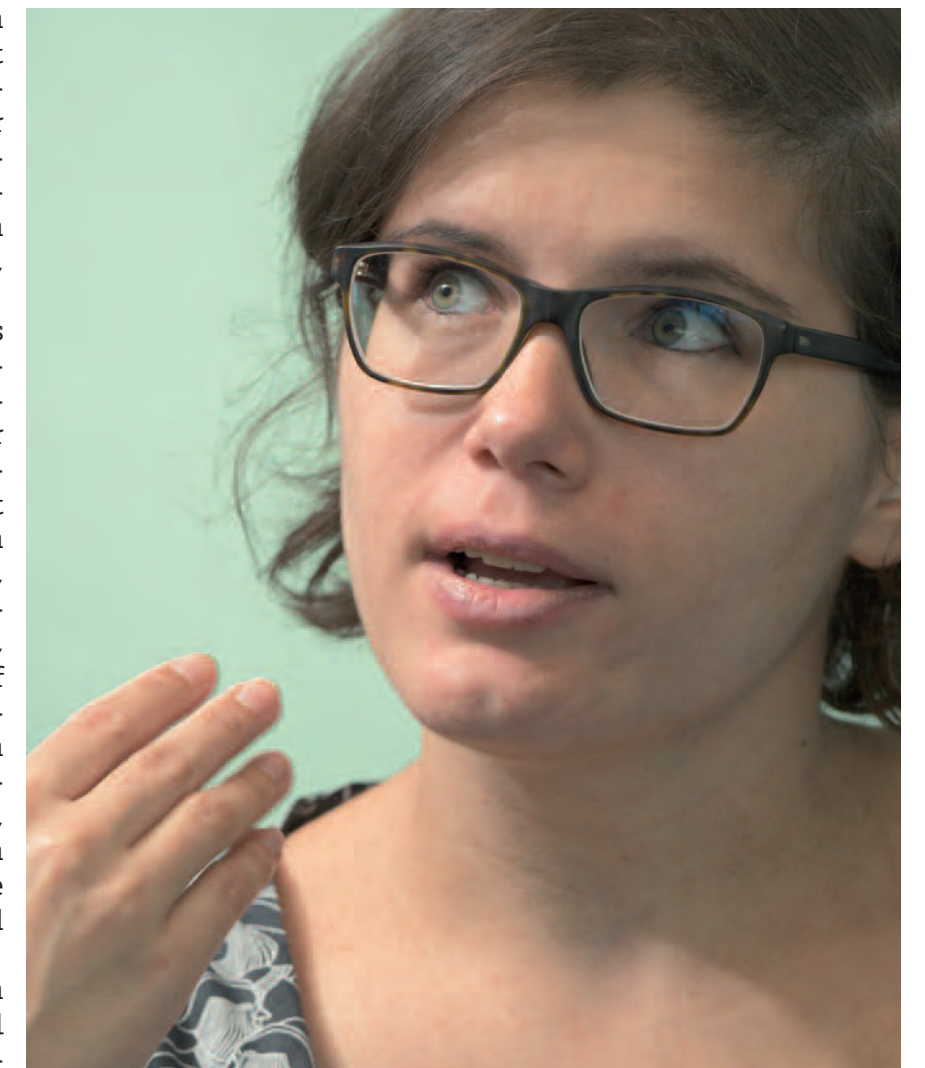
Ob eine Aussage auch verurteilt wird, entscheidet am Ende das Ge-

Im Netz ist vieles schneller. Auch die Strafrelevanz.

richt. Aber es gibt natürlich Indikatoren, ob etwas erfolgreich klagbar ist. Die Tatbestände Verleumdung, üble Nachrede, gefährliche Drohung, Verhetzung etc. sind genau die gleichen, egal ob im Internet oder außerhalb. Aber es ist so-

gar so, dass im Netz viele Dinge noch schneller strafrelevant werden, weil die Personengruppe, die daran teilnimmt, viel größer ist und weil man dadurch sofort etwas quasi in der Öffentlichkeit gesagt hat.

Viel Menschen fragen sich: *Ab wann ist etwas eine Beleidigung?* - Hier gilt: Je krasser eine Aussage und je direkter sie an das Opfer gerichtet ist - umso bessere Karten hat das Opfer bei einer eventuellen Strafverfolgung. Wenn jemand sagen würde: *Die Ingrid Brodnig ist eine blöde Schlampe*, dann habe ich sehr gute Karten. Aber die Aussage: *Die Leute, die diese oder jene Sache glauben, sind alle Trottel* -





das wäre zu vage.

Außerdem hängt es auch noch davon ab, ob es eine sogenannte milieubedingte Äußerung ist oder nicht. Am Bau, beispielsweise, ist eine andere Sprache üblich, als im Uni-Lehrsaal. Auch das wird bei Gericht in solchen Fällen berücksichtigt. Warum? Wenn man eine allgemeine politische Diskussion hat, wo jeder jedem dauernd was ausrichtet, kann sein, dass eine Beschimpfung nicht als Beleidigung

verurteilt wird, weil sich alle ohnehin pausenlos gegenseitig eine verpassen und sich vielleicht auch noch gegenseitig hochschaukeln.

Gibt es hier eine Empfehlung für geplagte oder gar verfolgte Kommunalpolitiker?

Im Ernstfall einen Anwalt einschalten. Gut geschulte Medienanwälte haben eine gute Einschätzung darüber, ob wo eine Anzeige Sinn macht. Wenn es wirklich hei-

kel wird, sollte man sich unbedingt juristische Schritte überlegen. Es geht nicht zuletzt auch darum, dass gewisse Untergriffe nicht durchgehen dürfen.

Es ist ja nicht immer alles klagbar, aber was man auf jeden Fall tun kann und oft vergessen wird: Humor einsetzen! Manchmal ist Humor eine gute Antwort. Als angefeindeter Betroffener zeige ich mit Humor, dass mich niemand so schnell niedermachen kann.

Da gehört dann schon viel Größe dazu...

Es ist auch extrem schwierig, wenn man sehr angefeindet wird. Aber manchmal ist Humor auch wirkungsvoll, um die Aggression raus zu nehmen. Dafür ein schönes Beispiel: Der Popsänger James Blunt wird von Menschen, die seine Musik nicht mögen, online extrem angefeindet. Die schreiben jede Menge Gehässigkeiten über ihn. Ein User hat einmal getwittert: „James Blunt sieht aus wie mein linker Hoden!“. Und James Blunt hatte echt die Größe, dass er zurückgeschrieben hat: „Dann solltest du zum Arzt gehen!“ Und dass haben dann Tausende Menschen geretweetet.

Fotos: www.fotoplutsch.at



Der KI Buch-Tipp Wie man Junge in der eigenen Gemeinde hält

Wenn sich junge Heranwachsende im eigenen Heimatort langweilen und sie sich nicht entfalten können, wollen sie weg – meist in die nächstgrößere Stadt, weil sie sich dort ein erfüllteres Leben erhoffen...

Diese Problemstellung kennen viele BürgermeisterInnen und EntscheiderInnen. Diese kleine aber feine Denkschrift zeigt auf, wie sie so eine Entwicklung mit einfachen Schritten bremsen können. Das Ziel: Junge Menschen entdecken ihr Potential und werden zu HAPPY LOCALS. Die AutorInnen sind die Deutschen: DIMITRI HEGE-

MANN, der Gründer und Betreiber des legendären Berliner Clubs Tresor, Raumforscher, Kulturmanager und Direktor des Kraftwerk Berlin, einem Raum für Kultur und Diskurs.

ANNETTE KATHARINA OCHS, Architektin, Designerin, Kulturmanagerin, Kochaktivistin und Mitgründerin des UCKERMARK-FESTIVALS für Kunst, Musik und

Literatur. Sie ist Inhaberin von OCHSKULTUR, dem „Büro für kulturelle Belebung“.

„Happy Locals - Jugend und Kultur. Investitionen für die Zukunft“ erscheint im Hirnkost Verlag. ISBN 978-1-234567-89-7. 51 Seiten, Hardcover, 16x10cm. Preis: neun Euro.



Fotos: Hirnkost Verlag, z.V.g.

BEIM TREFFEN DER SPÖ-BÜRGERMEISTERINNEN Ende August in Stuhlfelden (Sbg.) war auch ein Delegation nö. Orts-Chefinnen dabei (v.l.): 1.Reihe: Renate Habetler (Bernstein), Brigitte Lasinger (Schönau/Triesting), Kerstin Suchan-Mayr (St. Valentin), Michaela Raber (Rauchwart). 2.Reihe: Friederike Reismüller (Forchtenstein), Gabriele Nabinger (Kittsee), Klaudia Friedl (Steinberg-Dörfl), Karin Gulas (Wildalpen), Sonja Pilgram (St. Peter am Kammersberg), Doris Kampichler (Buchbach), Eva Baja-Wendl (Pottenstein), Ernestine Haging (Ex-Bgm.in Niederneukirchen)



Fraktions-Chef StR Johann Huber (54) arbeitet als Festnetzplaner (Projektmanagement) bei A1 Telekom. Er ist Vorsitzender des Umweltausschusses und sitzt im Ausschuss für Kultur, Bildung, Wirtschaft und Tourismus.

Scheibbs, Bezirkshauptstadt

„Der Bürgerkontakt ist unsere Stärke“

In der kleinen Mostviertler Bezirkshauptstadt haben die Roten traditionell keinen leichten Stand. Heute sichern 16 Mandate die ÖVP-Absolute. Der gegenüber stehen 7 SPÖ und 2 Grüne Mandate. Doch die Roten unter Fraktions-Chef StR Johann Huber haben es mittlerweile trotzdem geschafft, sehr gut in das politische Leben und Gestalten in Scheibbs integriert zu werden.

Wie ist derzeit die politische Situation im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit?

Huber: „Früher, bei den alten ÖVP-Bürgermeistern, sind wir einen klaren Oppositionskurs gefahren. 2012 oder 2013, auf jeden Fall mitten unter Periode, kam dann die heutige Bürgermeisterin ins Amt. Und ab diesem Zeitpunkt ist die Zusammenarbeit mit uns deutlich eine bessere geworden. Wir wurden wesentlich mehr in die Arbeit inkludiert und das ist auch noch heute so.“

Dabei war der Start, gleich nach der GRW 2015, nicht leicht. Die ÖVP wollte auf Initiative des damaligen Vizebürgermeisters einen Stadtrat ‚einsparen‘. Aber das hätte uns allein getroffen. Wir haben uns auf die Füße gestellt und klar gemacht: Wenn ihr das so durchzieht, dann machen wir ab dem ersten Tag wieder volle Oppositionspolitik wie früher. Schließlich ließ die ÖVP ihr Vorhaben fallen, die Bürgermeisterin hatte sich offensichtlich parteiintern mit ihrem

Stil durchgesetzt. Deshalb fahren wir keinen harten Oppositionskurs mehr. Aber es gibt auch kein Koalitionsabkommen mit der ÖVP.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen von der VP-Mehrheit? Huber: „Ja, unsere Stadträte werden immer über aktuelle Vorkommnisse informiert. Wenn auch manchmal ein bisschen kurzfristig. Aber wir bekommen prinzipiell immer die Informationen, die wir brauchen. So wie früher, als wir oft erst während einer Gemeinderatssitzung mit Tatsachen oder wichtigen Infos konfrontiert wurden, so ist das nun nicht mehr. Wer werden auch immer wieder rechtzeitig vor Sitzungen um unsere Meinung gefragt.“

Natürlich gibt es auch mal Meinungsverschiedenheiten, aber zum Großteil ist es jetzt ein harmonisches Miteinander, was nicht zuletzt an der Bürgermeisterin liegt, die sehr bemüht ist, Parteipolitik nicht vor Gemeindepolitik zu stellen. So wie auch wir das praktizieren. Was beim Vizebürgermeister,

der auch ÖVP-Parteivorsitzender ist, nicht so der Fall ist.“

Und wie ist das Verhältnis zu den Grünen? Huber: „Auch ein sehr gutes. Mit denen können wir uns immer sehr gut abstimmen. Die haben ja schon einmal ein Mandat mehr gehabt und dürften jetzt nicht mehr in den Ausschüssen sein. Aber mit Zustimmung von ÖVP und SPÖ haben sie jetzt auch einen Ausschusssitz.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch? Huber: „An und für sich schon. Früher nicht. Damals haben wir dann sehr, sehr viele Dringlichkeitsanträge eingebracht, meistens zusammen mit den Grünen. Aber dieses Mittel müssen wir jetzt, solange wir so gut in die Arbeit eingebunden sind, nicht mehr anwenden. Jetzt stimmt die ÖVP auch hin und wieder unseren Anträgen zu. Auch wenn es dafür manchmal einer gewissen Überlegungszeit bedarf. Und von Fall zu Fall stimmen auch die Grünen mit.“

Werden den SPÖ-Stadträten Re-



Die Fraktion und der „harte Kern“ der SPÖ-Scheibbs (v.l.): GR Reinhard Pitzl, StR Adi Wagner, GR Walter Hudl, Melanie Zvonik, GR Martin Zvonik, Fraktionschef StR Hans Huber, GR David Pöcksteiner, Stefan Höfinger, Doris Hörhan, Mag. Franz Schneider, GR Reinhold Pflügl.

präsentationsaufgaben übertragen? Huber: „Also bei mir im Umweltressort schon. Aber beim Liegenschaftsbereich, zu dem auch die Gemeindewohnungen gehören ist, ist es eher schwierig.“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier? Huber: „Ist uns sehr wichtig, ist aber in jüngster Zeit in einigen Bereichen ein wenig eingeschlafen. Doch wir sind gerade dabei, das alles auf neue, jüngere Beine zu stellen. Z.B. unsere Zeitung *Scheibbs konkret*. Die ist früher viermal im Jahr erschienen, jetzt nur mehr einmal. Wir haben zwar eine eigene Homepage, aber die gehört besser und aktueller betreut. Die Kontakte mit der Lokalpresse Bezirksblätter und NÖN, um die ich mich selber kümmere, funktionieren hingegen ausgezeichnet. Vor jeder Wahl machen wir Hausbesuche. Überhaupt ist der direkte Kontakt mit den BürgerInnen sicherlich unsere größte Stärke. Durch unseren vielen Veranstaltungen und rund um unser

Stadtbüro. Das ist mit seiner hervorragenden Innenstadtlage der Dreh- und Angelpunkt schlecht hin. Jeden Samstagvormittag gibt es hier ein Open-house, das sehr gerne besucht wird.“

Events/Aktionen im Jahresverlauf? Huber: „Wir haben einen Maskenball der Kinderfreunde, unser SPÖ-Gschnas, die Valentinsaktion, die Ostereiaktion, eine traditionelle 1. Mai-Wanderung zur Dr. Jelinek-Aussichtswarte - wo dann gegrillt wird. Beim Stadtfest im Frühjahr sind wir immer mit einem Straßenstand vor dem Büro dabei, beim „Hiabst“-Fest (Herbst) der Stadt gibt's vor und im Stadtbüro einen kleinen Weinheurigen, Anfang Dezember veranstalten wir immer ein Preisschnapsen und an einem langen Einkaufssamstag im Advent machen wir einen Glühweinausschank vor unserem Stadtbüro.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden? Huber: „Das ist prinzipiell nicht einfach. Viele tun sich in unserem sehr do-

minant schwarz geprägten Umfeld immer noch sehr schwer, sich öffentlich zur SPÖ zu bekennen. Und wir wiederum tun uns sehr schwer speziell bei den Frauen. Woran das liegt, kann ich gar nicht so sagen. Aber ich vermute, dass die Belastung Familie und Beruf plus Politik meist zu viel ist - und auch von so manchem Ehemann abgelehnt wird.“

Zum Glück haben wir hier in Scheibbs eine ausgezeichnete SJ-Gruppe, aus der wir schon Nachwuchs schöpfen konnten und auch künftig noch werden. Der von uns gestellte Jugendgemeinderat, zum Beispiel, der David Pöcksteiner ist 26 Jahre alt und kommt aus unserer SJ-Gruppe. Und diesen Pool wollen wir weiter nutzen.“

Ziele für GRW 2020? Huber: „Auf jeden Fall unser Team jünger und weiblicher machen. Und was die Mandate betrifft: Bei der GRW 2005 haben wir um zwei Stimmen das achte Mandat verfehlt. Das wollen wir nun unbedingt holen. Natürlich darf es auch mehr sein.“

Heißes Eisen Flüchtlingsbetreuung

Die Volkshilfe NÖ/SERVICE MENSCH betreibt organisierte Unterkünfte für AsylwerberInnen in Hausmening, St. Valentin und Wiener Neustadt. Die Eröffnung einer Unterkunft in der Gemeinde lässt dabei kaum jemanden kalt.

Nicht alles läuft konfliktfrei, doch viele Argumente, die gegen eine Aufnahme von AsylwerberInnen vorgebracht werden, können mit einem objektiven Blick widerlegt werden. Dies tun z.B. Abg.z.NR Ulrike Königsberger-Ludwig oder Bgm.in Mag. Kerstin Suchan-Mayr. Eines der vielen gelungenen Beispiele ist St. Valentin. In der Stadtgemeinde werden 75 Menschen aus Afghanistan, Aserbeidschan, Irak, Iran, Somalia und Syrien betreut.

KI: Es heißt, dass der Gemeinde immense Kosten entstehen. Stimmt das? Bgm.in Mag.a Kerstin Suchan-Mayr: „Kosten entstehen, wenn aus AsylwerberInnen MindestsicherungsbezieherInnen werden. Dann müssen die Gemeinden, so wie auch bei den österreichischen BezieherInnen, mitfinanzieren.“

Viele informieren erst nach dem Bezug einer Unterkunft die

Bevölkerung. Wann gaben Sie die Pläne bekannt? „Vor Bezug des ersten Quartiers luden wir im betroffenen Ortsteil alle BewohnerInnen ein. Wichtig ist, von Beginn an auch UnterstützerInnen und HelferInnen dabei zu haben. Auch vor Bezug der Volkshilfe-Unterkunft hielten wir einen Informationsabend für die AnwohnerInnen ab.“

Was sagen Sie zu folgenden Vorurteilen: 1.: *AsylbewerberInnen nehmen in der Gemeinde Arbeitsplätze weg!* „Aufgrund der Sprache und Ausbildungsunterschiede haben es diese Menschen sehr schwer, überhaupt Arbeit zu bekommen. Außerdem dürfen sie keine fixe Anstellung haben.“

2.: *AsylwerberInnen sind faul und wollen gar nicht arbeiten!* „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sie sehr gerne arbeiten würden, aber eben nicht dürfen und zum Nichtstun verurteilt

sind.“

3. *AsylwerberInnen geht es oft besser als uns. Sie bekommen Geld, Handys, werden gepflegt, machen sich ein schönes Leben!* „AsylwerberInnen bekommen in der Grundversorgung am Tag 6 Euro, womit sich niemand ein schönes Leben machen kann. Dass es Kriegsflüchtlingen besser gehen soll, kann ich in keinster Weise nachvollziehen. Jeder kann sich glücklich schätzen, in Österreich aufzuwachsen und zu leben.“

4.: *AsylwerberInnen wollen sich gar nicht integrieren!* „Wir machen bisher nur gute Erfahrungen. Vor allem Kinder lernen sehr schnell Deutsch, sind in Vereinen integriert und haben österreichische FreundInnen.“

Können Sie Gemeinden empfehlen, sich für Unterkünfte für AsylwerberInnen zu entscheiden? „Es ist sicher nicht immer einfach, geeignete Unterkünfte zu finden, wichtiger ist jedoch eine gute Betreuung durch eine Organisation wie die Volkshilfe NÖ, die dafür sorgt, dass das Leben vor Ort so problemlos wie möglich funktioniert.“

Möchten Sie Räume anbieten?

Kontakt: Dr. Roswitha Pippan, Bereichsltg.

Flüchtlingsbetreuung:

02622 / 82200-6100,

asyl@noe-volkshilfe.at

Homepage: www.noe-volkshilfe.at/fluechtlingsbetreuung

Foto: Wolfgang Mayer



Unsicherheit, mangelnde bzw. falsche Informationen führen in Gemeinden, in denen AsylwerberInnen untergebracht sind, zu Ängsten. Bgm.in Suchan-Mayr aus St. Valentin (r.), schildert, wie es in ihrer Gemeinde ablief.



Hier matchen sich nur Könner: Heiße Spiel-Action beim Landesfinale der JGNÖ 2016. Positiver „Nebeneffekt“ für die JG: neue Mitglieder und neue Ortsarbeitsgemeinschaften!

FIFA17-Turniere in ganz NÖ

Bereits zum 3. Mal veranstaltet die Junge Generation in der SPNÖ im ganzen Bundesland eine Turnierserie des PlayStation4-Klassikers FIFA. Das Kicken auf der Konsole hat bisher neben neuen Mitgliedern in den JG-Gruppen auch neue Ortsarbeitsgemeinschaften mit sich gebracht.

Unter dem Motto „Fußball verbindet“ kann jede SPÖ-Ortsgruppe mithilfe dieser, relativ einfach zu organisierenden, Veranstaltung junge Menschen für die politische Mitarbeit gewinnen.

Die dazugehörige Ausstattung kann hierbei über das Landessekretariat der Jungen Generation Niederösterreich selbstverständlich ausgeborgt werden. Eine PlayStation4 samt nötigem Zubehör, das brandneue FIFA17-Spiel, sowie Plakatvorlagen und Turnierpläne stehen kostenlos zur Verfügung.

Interessierte Ortsgruppen brauchen demnach lediglich einen HD-fähigen Fernseher, kleine Sachspenden für die besten drei SpielerInnen und die nötige Motivation eine Veranstaltung für die Jugendlichen im Ort zu organisieren.

Während der Veranstaltung kommt leichte Verpflegung gegen freie Spenden immer gut an. Würstl,

Gulasch oder Aufstrichbrote erfüllen ihren Zweck. Einige unserer Ortsgruppen spenden diese Einnahmen danach an karitative Einrichtungen. Somit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe, weil dadurch auch die Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Ortsgruppe angekurbelt wird.

Im Anschluss an die zahlreichen Ortsgruppen-Turniere gibt es auch ein großes Landesfinale, für welches sich die beiden besten SpielerInnen der Ortsausscheidungen qualifizieren. Daher ist es wichtig, sich unbedingt die Kontaktdaten der MitspielerInnen zu notieren.

Den besten drei SpielerInnen des Landesfinales winkt neben Einkaufsgutscheinen im Wert von 100 bzw. 150 Euro auch eine nagelneue PlayStation 4 samt Spiel.

Das JG-Niederösterreich Landesfinale findet voraussichtlich Ende Februar bzw. Anfang März statt.

Wir, die Junge Generation Nieder-

österreich, würden uns freuen, wenn die ein oder andere SPÖ-Ortsgruppe Interesse hätte ein solches Turnier auszutragen. Für weitere Fragen steht das Landessekretariat gerne zur Verfügung:

Junge Generation in der SPNÖ

Niederösterreichring 1a

3100 St. Pölten

02742/2255-151

This page is powered by:





von Mag.ª Sabine Blecha
Juristin des Verbandes

Basics der NÖ Gemeindeordnung Teil 10 – Besetzung freier Stellen, Nach- und Ergänzungswahlen der Organe

Neuwahl, Nachbesetzung oder Ergänzungswahl – nicht nur zu Beginn, sondern auch während der Funktionsperiode spielen die gesetzlichen Regelungen über die Nachbesetzung der Organe der niederösterreichischen Gemeinden immer wieder eine gewichtige Rolle.

Teil 10 unserer Serie zu den Basics der NÖ Gemeindeordnung beschäftigt sich daher mit der Nachbesetzung: Wissen zur Besetzung von Gemeinderat, Bürgermeister und Gemeindevorstand (Vizebürgermeister).

Nachbesetzung freier Gemeinderatsmandate

Für die Nachbesetzung frei gewordener Gemeinderatsmandate benötigt man die Liste der Ersatzmitglieder des Gemeinderates. Wird ein Mandat nun dauerhaft frei, hat der Bürgermeister zunächst jenes Ersatzmitglied in den Gemeinderat zu berufen, das ihm vom Zustellungsbevollmächtigten der betreffenden Wahlpartei namhaft gemacht wurde. Für diese Nachnominierung hat der der Zustellungsbevollmächtigte zwei Wochen ab Freiwerden des Mandates Zeit. Dies ist der Hauptanwendungsfall in der Praxis. Wird dem Bürgermeister ein Ersatzmitglied bekannt gegeben, muss der Bürgermeister dieses Ersatzmitglied spätestens am vierten Tag nach der Bekanntgabe durch den Zustellungsbevollmächtigten einberufen. Nimmt der Zustellungsbevollmächtigte sein Nominierungsrecht hingegen nicht in Anspruch, muss der

Bürgermeister nach Ablauf der zweiwöchigen Nominierungsfrist das aus der Wahlvorschlagsreihung listennächste Mitglied der betroffenen Wahlpartei in den Gemeinderat berufen. Diese Einberufung durch den Bürgermeister muss spätestens am vierten Tag nach Ablauf der zweiwöchigen Bekanntgabefrist des Zustellungsbevollmächtigten erfolgen. Der Gesetzgeber sieht die Berufung eines Ersatzmitgliedes in den Gemeinderat als angenommen, wenn dieses nicht binnen drei Tagen schriftlich seinen Verzicht auf die Berufung erklärt. Wird die Berufung in den Gemeinderat vom betreffenden Ersatzmitglied abgelehnt, so ist das Nächste aus der Reihenfolge der Ersatzmitglieder zu berufen. Diese Einberufung muss wiederum spätestens am vierten Tag nach dem Verzicht des zuvor einberufenen Ersatzmitgliedes erfolgen. Diese Vorgangsweise erfolgt so lange (oder kurz), bis ein Ersatzmitglied der betreffenden Wahlpartei die Berufung ab, bleibt das Mandat unbesetzt. Erklärt jedoch eines der Ersatzmitglieder zu einem späteren Zeitpunkt seine Be-

rufungsbereitschaft, ist dieses als Nachfolger in den Gemeinderat neuerlich zu berufen (bei mehreren ist wiederum nach der Reihenfolge vorzugehen).

Nachbesetzung des Bürgermeisters durch „Neuwahl“

Wird das Amt des Bürgermeisters dauernd frei (Rücktritt, Amtsverlust...) gelten für die Nachwahl (gesetzlich „Neuwahl“) des nächsten Bürgermeisters analog dieselben Wahlregelungen wie bei der konstituierenden Sitzung. Der Gemeinderat ist vom Stellvertreter des Bürgermeisters einzuberufen, der auch bis zur Beendigung der Wahl den Vorsitz führt. Zur Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters ist die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln aller Mitglieder des Gemeinderates erforderlich. Wird diese Anwesenheit nicht erreicht, muss der Gemeinderat binnen zwei Wochen neuerlich zur Wahl einberufen werden, wobei diese Sitzung spätestens vier Wochen nach der ersten stattzufinden hat. In dieser zweiten Sitzung darf der Bürgermeister ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Gemeinderäte gewählt werden. Die Wahl muss mit Stimmzetteln und geheim durchgeführt

werden. Wählbar zum Bürgermeister sind nur die Mitglieder des Gemeinderates, die österreichische Staatsbürger sind.

Gewählt werden können alle Mitglieder des Gemeinderates, egal ob sie der Mehrheitsfraktion angehören oder nicht, es ist kein Wahlvorschlag einzubringen. Als Bürgermeister gewählt gilt derjenige, auf den mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen lauten. Kommt die erforderliche Mehrheit nicht zustande, muss ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden. Bei dieser engeren Wahl können nur noch die zwei aus dem ersten Durchgang stimmenstärksten Personen gewählt werden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, wer an der engeren Wahl teilnehmen darf. Jede Stimme, die bei der engeren Wahl für eine andere Person abgegeben wird, ist ungültig. Ergibt sich auch bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, entscheidet wiederum das Los.

Nachbesetzung des Gemeindevorstandes

Wenn das Amt eines Mitgliedes des Gemeindevorstandes oder des Vizebürgermeisters dauernd freige worden ist, ist binnen zwei Wochen eine diesbezügliche Ergänzungswahl durchzuführen. Im Falle einer Abberufung eines Gemeindevorstandsmitgliedes endet dessen Amt erst mit der Wahl eines Nachfolgers. Dasselbe gilt für die Abberufung des Vizebürgermeisters unter Beibehaltung seiner Mitgliedschaft zum Gemeindevorstand; auch dieser bleibt bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt. Die Nachwahl des Vizebürgermeisters erfolgt genauso wie die Wahl des Bürgermeisters in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates (siehe oben).

In den Gemeindevorstand dürfen nur österreichische Staatsbür-



ger gewählt werden. Zur Gültigkeit der Wahl ist die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln aller Mitglieder des Gemeinderates erforderlich. Wenn diese Anwesenheit nicht erreicht wird, gilt dieselbe Vorgangsweise wie bei der Bürgermeisterwahl.

Die (Nach)Wahl eines geschäftsführenden Gemeinderates ist eine gebundene Wahl, dh die betreffende Wahlpartei, deren Mitglied aus dem Gemeindevorstand ausscheidet, hat zwingend vor der Nachwahl einen schriftlichen Wahlvorschlag einzubringen. Diese Wahlvorschläge sind von mehr als der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder der betreffenden Wahlparteien zu unterzeichnen und dürfen nur so viele Kandidaten enthalten, wie freie Gemeindevorstandsstellen dieser Wahlpartei unbesetzt sind. Vorgeschlagen werden dürfen nur Mitglieder des Gemeinderates, allerdings müssen es nicht Mitglieder der eigenen Wahlpartei sein, es können auch Gemeinderäte der anderen Wahlparteien vorgeschlagen werden, wenn dies gewünscht wird. Ist ein Wahlvorschlag fehlerhaft, kann ein korrigierter Ergänzungswahlvorschlag eingebracht werden. Jene Kandidaten, auf die zumindest eine gültige Stimme entfällt, sind gewählt. Die Wahl ist zwingend mit Stimmzetteln und geheim durchzuführen. Sind mehrere Gemeindevorstandsmitglieder

nach zu besetzen, können alle gemeinsam in einem Wahlvorgang gewählt werden. Diejenigen Stimmzettel, die auf einen nicht vorgeschlagenen Kandidaten entfallen, sind ungültig, ebenso wie leere Stimmzettel. Stehen neben den vorgeschlagenen auch noch andere Kandidaten auf dem Stimmzettel, gilt die Stimme nur für den Vorgeschlagenen.

Fehlen eines Wahlvorschlages

Wird von einer Wahlpartei kein Wahlvorschlag erstattet oder mit zu wenigen Kandidaten, oder Unterschriften oder wird ein Vorgeschlagener nicht gewählt (und es wurde kein Ergänzungswahlvorschlag erstattet), ist das einer Wahlpartei zukommende Vorstandsmitglied aus dem Kreis der Gemeinderäte dieser Wahlpartei zu wählen. Das Wahlprocedere läuft wie bei der Bürgermeisterwahl ab (mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, Losentscheid etc.) Gültig sind jene Stimmen, die auf Gemeinderäte dieser Wahlpartei entfallen. Verweigern alle Gemeinderatsmitglieder einer Wahlpartei die Annahme der Wahl, so bleibt die Gemeindevorstandsstelle solange offen, bis die anspruchsberechtigte Wahlpartei einen weiteren Wahlvorschlag erstattet. Dann ist binnen zwei Wochen eine neuerliche Ergänzungswahl durchzuführen.



von Mag.ª Sabine Studera
Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH
www.merkurtreuhand.at

Private Nutzung von Firmenfahrzeugen

Die private Nutzung von Firmenfahrzeugen ist Schwerpunkt jeder Lohnabgabenprüfung. Fehler bei der Berücksichtigung der Privatnutzung führen oftmals zu erheblichen Nachzahlungen für die betroffene Gesellschaft sowie Finanzstrafen für die Gesellschaft und deren Geschäftsführer. Wird für ein Fahrzeug kein voller Sachbezug gerechnet, muss ein lückenloses Fahrtenbuch geführt werden.

Besteht für einen Arbeitnehmer die Möglichkeit ein firmeneigenes Kraftfahrzeug für Privatfahrten kostenlos zu nutzen, unterliegt diese Privatnutzung als Sachbezug der Lohnsteuer, Sozialversicherung und den sonstigen Lohnnebenkosten. Dies gilt nicht nur für PKW, sondern auch für LKW, Motorräder, Mopeds und sogar Fahrräder. Ausgenommen sind lediglich Spezialfahrzeuge, die aufgrund ihrer Ausstattung eine private Nutzung praktisch ausschließen (zB Montagefahrzeug mit eingebauter Werkbank).

Mit Anfang 2016 wurde die Privatnutzung von firmeneigenen Fahrzeugen für den Arbeitnehmer und das Unternehmen deutlich teurer. Der monatliche Sachbezug beträgt 2% der tatsächlichen Anschaffungskosten des Fahrzeugs (einschließlich Umsatzsteuer und Normverbrauchsabgabe), maximal € 960 monatlich. Für Fahrzeuge mit einem CO₂-Emissionswert von nicht mehr als 130 Gramm pro Kilometer gilt ein reduzierter Sachbezug von 1,5% der tatsächlichen Anschaffungskosten, maximal € 720 monatlich. Der maßgebliche CO₂-Emissionswert ist am Typenschein des Fahrzeuges ersichtlich.

Von der Bemessungsgrundlage, die sich aus den Anschaffungskosten und dem anwendbaren Prozentsatz ergibt, werden die Lohnabgaben berechnet. Bei Gebrauchtfahrzeugen sind die Prozentsätze auf den Neuwert anzuwenden. Bei geleasteten Fahrzeugen werden die Anschaffungskosten herangezogen, die der Berechnung der Leasingrate zugrunde gelegt wurden.

Der Sachbezugswert reduziert sich auf den halben Betrag (max € 480 bzw. € 360 monatlich) wenn das Fahrzeug nachweislich nicht mehr als 500 km monatlich Durchschnitt für Privatfahrten benützt wird. Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsort gelten dabei als Privatfahrten. Wenn ein Dienstnehmer von dieser Begünstigung Gebrauch machen möchte, muss ein lückenloses Fahrtenbuch geführt werden, in dem alle betrieblichen Fahrten und alle Privatfahrten eingetragen werden. Zusätzlich zu den gefahrenen Kilometern ist der Kilometerstand einzutragen. Für Fahrtenbücher gilt die siebenjährige Aufbewahrungsfrist ebenso wie für sämtliche anderen betrieblichen Unterlagen. Es empfiehlt sich, dass diese Aufbewahrung durch den Dienstgeber vorgenommen wird.

Dienstgeber werden in regelmäßigen Abständen einer Prüfung der Lohn- und gehaltsabhängigen Abgaben unterzogen, die von einem Prüfer der Finanzbehörde oder der Gebietskrankenkasse durchgeführt wird. Zusätzlich führen manche Gemeinde Kommunalsteuerprüfungen durch.

Am Beginn einer Lohnabgabenprüfung präsentiert der Prüfer in der Regel eine Liste der auf das Unternehmen angemeldeten Fahrzeuge und stellt dann die Frage, wer diese Fahrzeuge nutzt. Wird nicht für jedes dieser Fahrzeuge ein Sachbezug berücksichtigt, ist nachzuweisen, dass keine Privatnutzung vorliegt.

Denkbar ist eine ausschließlich betriebliche Nutzung nur ausnahmsweise, beispielsweise bei einem sogenannten Pool-Fahrzeug. Ein Pool-Fahrzeug wird von mehreren Dienstnehmern für betriebliche Fahrten verwendet und ist ansonsten am Unternehmensort abgestellt. Eine Nutzung für Privatfahrten ist ausgeschlossen. Dieses Fahrzeug ist auch keinem bestimmten Arbeitnehmer überlassen, sondern kann von jedem Arbeitnehmer, der dienstliche Fahrten durchführt, genutzt werden.



Damit für echte Pool-Fahrzeuge kein Sachbezug anfällt, muss ein Fahrtenbuch geführt werden, aus dem ersichtlich ist, dass keine Privatfahrten mit dem Fahrzeug getätigt werden. Das Fahrtenbuch muss vollständig sein und darf keine Lücken aufweisen. Unternehmensintern sollte schriftlich festgelegt werden, dass dieses Fahrzeug nicht für Privatfahrten genutzt werden darf und nach jeder betrieblich veranlassten Fahrt am Unternehmensort abzustellen ist.

Theoretisch denkbar ist eine ausschließlich betriebliche Nutzung auch bei einem Fahrzeug, das nur von einem einzigen Dienstnehmer genutzt wird, wenn die Privatbenutzung ausgeschlossen wird. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber wieder, dass auch Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte eines Arbeitnehmers als Privatfahrten gelten. Fährt ein Arbeitnehmer mit einem Fahrzeug im Anschluss an eine betrieblich veranlasste Fahrt nach Hause und am nächsten Morgen wieder an den Arbeitsort, liegt bereits eine Privatnutzung vor. Fahrzeuge, die nur von einem einzigen Dienstnehmer genutzt werden, werden in der Regel auch privat genutzt und es

muss daher ein Sachbezug berücksichtigt werden.

Wird für ein Fahrzeug keine Privatnutzung oder ein halber Sachbezug berücksichtigt, müssen bei der Prüfung der Lohnabgaben die Fahrtenbücher für die geprüften Jahre vorgelegt werden. Diese werden dann vom Prüfer auf Plausibilität überprüft, in dem beispielsweise mit dem Kilometerstandangaben auf Reparaturrechnungen abgeglichen wird oder Entfernungangaben zwischen Orten nachgeprüft werden.

Um die Vorschreibung von Nachzahlungen bei Lohnabgabenprüfungen zu vermeiden, empfiehlt sich die Fahrtenbücher der Dienstnehmer regelmäßig zu kontrollieren und nach Ablauf des Jahres mit den sonstigen Unterlagen aufzubewahren. Stellt sich erst bei einer Prüfung heraus, dass die Fahrtenbücher von einem Dienstnehmer nicht ordnungsgemäß geführt werden oder das Fahrtenbuch für das geprüfte Jahr nicht mehr vorhanden ist, gibt es ein böses Erwachen für den Arbeitgeber.

Zusätzlich zum Sachbezug für die Privatnutzung des Fahrzeuges, kann ein Sachbezug für die Privatnutzung eines firmeneigenen Ab-

stell- oder Garagenplatzes anfallen. Dies gilt allerdings nur in Bereichen, die einer Parkraumbewirtschaftung unterliegen. Bei einer GmbH, die ihren Sitz in einem Stadt- oder Ortsbereich mit Parkraumbewirtschaftung hat und dort ihre Arbeitnehmer eine Parkmöglichkeit zur Verfügung stellt, ist ein Sachbezug für jeden Arbeitnehmer, der diese Parkmöglichkeit nutzt, zu berücksichtigen. Dies gilt für Firmenfahrzeuge mit Privatnutzung ebenso wie für Privatfahrzeuge der Arbeitnehmer. Der Sachbezug ist auch dann anzusetzen, wenn der Arbeitnehmer nur gelegentlich dort parkt oder wenn ihm kein konkre-

ter Abstell- oder Gargenplatz individuell zugeordnet ist. Als Sachbezug für die Nutzung eines firmeneigenen Abstell- oder Garagenplatzes sind € 14,53 pro Monat anzusetzen.

Stellt sich erst im Zuge der Lohnabgabenprüfung heraus, dass die Sachbezüge nicht vollständig berücksichtigt wurden bzw. Fahrtenbücher nicht vorliegen, werden dem Dienstgeber für den geprüften Zeitraum die Lohnabgaben nachverrechnet. Zudem kann abhängig von der Höhe der Nachverrechnung von der Finanzbehörde ein Finanzstrafverfahren eingeleitet werden, dass sich immer gegen die Gesellschaft und deren Geschäftsführer richtet.

Kommunalgesellschaften sollten daher ebenso wie alle anderen Unternehmen, auf die Fahrzeuge zugelassen sind, sicher stellen, dass für alle Fahrzeuge ein Sachbezug berücksichtigt wird oder bei Nichtberücksichtigung vollständige Fahrtenbücher vorliegen. Befindet sich die Gesellschaft in einem parkraumbewirtschafteten Ortszentrum und stellt einzelnen Dienstnehmern Abstellmöglichkeiten unentgeltlich zur Verfügung, ist für diese Nutzung ebenfalls ein Sachbezug zu berücksichtigen.



von Gabriela Müllner
Gemeinderätin der Marktgemeinde
Guntramsdorf
für Frauen, Bildung & Kultur,
EU-Angelegenheiten & Integration,
Mitglied des Prüfungsausschusses

Die Wertschöpfungsabgabe - und warum wir uns damit befassen sollen

Es ist müßig über den Begriff Wertschöpfungsabgabe und deren Sinn und Zweck zu diskutieren, zu debattieren bis hin zu schwadronieren, solange nicht über das Wirken und über die Finanzierung unseres heutigen Sozialsystems ausreichend Wissen besteht. Vor allem dann, wenn die Wertschöpfungsabgabe künftig bei der Finanzierung unseres Sozialsystems eine maßgebliche Rolle spielen soll.

Polemisieren oder herbeiföhlen der Wertschöpfungsabgabe bringt uns nicht voran. Genaues Wissen darüber, wie unser heutiges Sozialsystem aufgebaut ist, welche Funktion es zu erfüllen hat und wie es sich heute finanziert, ist sicher von großem Vorteil, wenn nicht sogar unumgänglich, um eine klare Vorstellung darüber zu bekommen. Ziel ist, mit notwendigem und exaktem Wissen ausgestattet zu sein, um einen klaren und festen Standpunkt einnehmen zu können.

Das österreichische Sozialsystem ist ein Versicherungssystem, das auf dem Umlagesystem basiert und finanziell auf sich selbst gestellt ist. Im Umlagesystem finanziert jede Generation mit ihren Beiträgen nicht die eigene Altersvorsorge, sondern die ihrer Eltern und Großeltern. Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch vom Generationenvertrag, basierend auf dem Prinzip der Solidarität. Das Sozialsystem kann nur jene Leistungen erbringen, für die die Geldmittel reichen, und nicht mehr. (Einzig das Pensionsversicherungssystem wird durch den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung aus steuerlichen Mittel gestützt). Als eigenständige Körperschaft benötigt das

Sozialsystem daher stets ausreichend finanzielle Mittel. Dienstgeber und Dienstnehmer zahlen in etwa zu gleichen Teilen Beiträge, basierend auf der Lohnsumme, ins Sozialsystem ein. Ist das nicht gewährleistet, so führt es unweigerlich dazu, dass entweder die Einnahmen erhöht, oder die Leistungen gekürzt werden müssen, oder beides unumgänglich wird.

Das Sozialsystem ergibt sich aus dem Zusammenwirken seiner Teilsysteme

Die Sozialversicherungsbeiträge gliedern sich in Dienstnehmer (DN) - und Dienstgeberabgaben (DG) und befüllen die Teilsysteme wie: Pensionsversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Insolvenzengelt, Wohnbauförderung und Mitarbeitervorsorgekasse. All diese Teilsysteme werden einerseits von DN (Arbeitern und Angestellten) und andererseits von DG durch ihre Beiträge je ca. zur Hälfte, befüllt. Dienstnehmerbeiträge sind am Lohn-/Gehaltszettel ausgewiesen. Der Dienstgeberbeitrag bleibt dem Dienstnehmer verborgen. Die Wirtschaft verwendet für diese ihre Beitragsleistungen gerne den Begriff „Lohnnebenkosten“. Hier ist ange-

bracht näher hinzuschauen, denn nur allzu gerne werden DG- und DN-Beiträge schon mal salopp zusammengezählt und als „Die Lohnnebenkosten“ bezeichnet. Das ist so natürlich nicht korrekt. Richtig muss es lauten: Lohnnebenkosten sind nur jene Teile der Personalkosten, die über den Bruttolohn hinaus vom Arbeitgeber zu tragen sind.

Basis der Sozialversicherungsbeiträge ist immer der Bruttolohn bzw. -Gehalt. Ganz entscheidend ist auch, dass es hierbei eine Deckelung, die sogenannte Höchstbeitragsgrundlage, gibt. Für Einkommen darüber hinaus, werden keine Beiträge in das Sozialsystem geleistet. Die Prozentsätze für die diversen Teilsysteme sind fix und nicht etwa progressiv. Es gibt auch keinen Freibetrag wie z.B. bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Dies bedeutet, dass Einkommen, die die monatl. Höchstbeitragsgrundlage von € 4.860 übersteigen, prozentuell entsprechend weniger zum Sozialsystem beitragen. Damit wirkt sich die zu beobachtende steigende Einkommenskonzentration bei den höchsten Einkommen ebenfalls negativ auf die Einnahmen des Sozialstaates aus.

Warum ist ein Umbau (Umbasierung) unseres Sozialversicherungssystems notwendig?

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte durch steigende Arbeitslosenzahlen wirken sich negativ auf die Entwicklung der Lohnquote aus. In Zukunft werden durch neue Technologien, Automatisierung und Computerisierung viele Arbeitsplätze durch Maschinen oder Computer ersetzt. Der Sozialstaat wird also von immer weniger Menschen finanziert. **Die derzeitige Finanzierungsbasis für DG-Sozialabgaben ist ausschließlich die Bruttolohn- bzw. -gehaltssumme.** Durch Industrie 4.0 verändert sich die Arbeitswelt und es droht die Finanzierungsbasis für den Sozialstaat wegzubrechen. Sinkt die Lohnquote, geraten nicht nur die Menschen in Bedrängnis, sondern es droht unser gesamtes Sozialsystem zu kippen. Der Sozialstaat braucht Einnahmen, um seinen Pflichten gerecht zu werden. Den steigenden Arbeitslosenzahlen stehen jedoch steigende Gewinne gegenüber. Ja, so mancher Konzern erwirtschaftet seine Mega-Gewinne sogar fast gänzlich ohne den Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Kapitalintensive Branchen müssen daher, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, einen gerechten Beitrag zum Sozialsystem leisten.

Die neue Geldquelle ist die Nettowertschöpfung. Sie ersetzt die lohnsummenbezogenen DG-Beiträge zur Sozialversicherung.

Nach dem SPÖ-Modell werden neben dem Teil der Lohnsumme folgende Komponenten neu in die Beitragsberechnung einbezogen: Gewinne, Steuern, Lohnsummen, Fremdkapitalzinsen, Abschreibungen sowie Mieten und Pachten. Um Mehrbelastungen zu vermeiden, ist unter anderem ein Freibetrag für Kleinunternehmen und EPU's vorgesehen. Eine progressive Gestaltung,



ähnlich dem Lohn- und Einkommensteuersystem, wäre wünschenswert.

Es gibt Gewinner und Verlierer

Auch wenn die Neubasierung zur Finanzierung aufkommensneutral sein soll, kann es teilweise zu großen Verschiebungen kommen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen sind also höchst unterschiedlich. Für Dienstnehmer ändert sich jedoch nichts, da die Bemessungsgrundlage weiterhin der Lohn/Gehalt bleibt. Demnach würden arbeitsintensive Branchen wie Industrie, metallverarbeitende Gewerbe, Bauwesen, Handel und Handwerk wie z.B. Friseure, Installateure usw. profitieren. Verlierer der Umstellung wären kapitalintensive Branchen wie etwa Finanzindustrie, Banken, Versicherungen und Online-Markt. Also Branchen, die mit geringer menschlicher Arbeitskraft hohe Gewinne erwirtschaften. Gewinnmaximierung durch Personalabbau würde nicht mehr funktionieren!

Den Faktor Arbeit entlasten

In Österreich ist der Faktor Arbeit im internationalen Vergleich wegen der Lohnnebenkosten besonders stark belastet. Mit dem Umstieg auf die neue verbreiterte

Berechnungsgrundlage wird auf zwei Entwicklungen reagiert. Erstens wird der Faktor Arbeit entlastet. Zweitens hätte der Sozialstaat den Vorteil der stetig steigenden Wertschöpfung, auch wenn er unter dem Aspekt von Industrie 4.0 nicht zu mehr Beschäftigung führt. Die SPÖ reagiert hier auf die Veränderungen der Arbeitswelt durch vermehrten Einsatz von Robotern und Digitalisierung. Dem Umstand, dass in der langjährigen Entwicklung die Lohnsumme sinkt, die Gewinne jedoch steigen, darf sich auch die ÖVP nicht verschließen.

Fazit

Maschinen sollen für die Menschen arbeiten, nicht nur für die Profite! Für eine friedliche und stabile Gesellschaft muss die Beitragsgrundlage für den Sozialstaat auf breite Beine gestellt werden.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben und Sie mehr darüber erfahren wollen, buchen Sie für Ihre Gemeinde/Fraktion/interessierte Menschen/Frauengruppe/Jugendgruppe/Verein den Vortrag über die Wertschöpfungsabgabe von Gabriela Müllner (GRin in Guntramsdorf) und Wilfried Allé (Träger der Viktor Adler Plakette).

Kontakt: gabriela.muellner@kabsi.at

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in NÖ, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

Präsident: LAbg. Bgm. Rupert Dworak

Geschäftsführer: StR Mag. Ewald Buschenreiter

Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Mag.^a Sabine Studera, Gabriela Müllner

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Druck: Mangold & Kovac

Fließtext

Foto: SPÖ-NÖ